

# Sozialdemokratischer Pressedienst

**Redakteur und Schriftleiter:**  
Erich Riffinghaus, Berlin.  
Telefon: Amt 2407 4196/4198



**Abdruck für Verlag und Verbreitung:**  
Berlin O 201, Doko-Wilhelm-Platz 8  
Druckort: Goslar

Die Gestaltung erfolgt im Collotype.  
Der Inhalt ist nur auf Grund eigener Verantwortung abgedruckt. Abdruck ohne Erlaubnis ist strafbar.  
Der Druck ist nur auf Grund eigener Verantwortung abgedruckt. Abdruck ohne Erlaubnis ist strafbar.

Berlin, den 17. Okt. 1932.

Int. Institut  
Soc. Geschiedenis  
Amsterdam

## Der Wunderdoktor.

Was Herr von Papen uns erzählt.

SPD. Die Rediritis des Herrn von Papen hat sich immer noch nicht gelegt. Der Mann der "grundsätzlich neuen Staatsführung" hat am Sonntag gleich zwei Reden gehalten. Die eine in Paderborn, die andere in Dortmund. In beiden hat er sich als der Wunderdoktor der deutschen Wirtschaft vorgestellt. Nach ihm ist seit seiner glorreichen Regentschaft bereits "eine Geschäftsbelebung und fühlbare Entlastung des Arbeitsmarktes" eingetreten. Wenn es die Barone nicht glauben, wer dann?

In Paderborn hat Herr von Papen erklärt, dass sich die Arbeitslosigkeit im verflorbenen September um 123 000 Arbeitslose vermindert hat, während im vorigen Jahr um die gleiche Zeit eine Steigerung um 140 000 festzustellen gewesen sei. Das ist eine der berühmten Milchmädchenrechnungen, wie sie bei der gegenwärtigen Regierung in Mode gekommen sind. 123 000 Arbeitslose im September 1932 weniger und 140 000 Arbeitslose im September 1931 mehr, das macht nach der Rechnung der Barone eine Besserung von 263 000 aus. Nur ist der Haker der, dass es sich bei den von Herrn von Papen angeführten Zahlen um die Statistik der Arbeitsämter handelt, die alle Arbeitslosen, die auf Grund der Papenschen Notverordnung aus der Fürsorge herausgedrängt wurden, nicht mehr erfasst. Nach dem gewiss unverdächtigen Institut für Konjunkturforschung sind in diesen Zahlenkunststückchen rund 1 3/4 Millionen Arbeitslose nicht berücksichtigt. Papen's Angaben besitzen insofern überhaupt keine Beweiskraft.

Man muss, wenn man schon mit den Arbeitslosenzahlen etwas beweisen will, beachten, dass der Monat September 1931, der mitten in die Banken- und Finanzkrise fiel, die grosse Katastrophe in der Wirtschaft und auf dem Arbeitsmarkt brachte. Im Monat September 1931 musste die Steigerung der Arbeitslosenzahl aus zufälligen Gründen, infolge der Bankenkrise, ganz besonders gross sein. Der September 1931 war anormal. Dagegen hatte die Bewegung auf den Arbeitsmärkten im September 1932 wieder mehr Ähnlichkeit mit normalen Verhältnissen. Im Übrigen wissen wir aus der Konjunkturzeit und auch aus der Vorkriegszeit, dass der Monat September ganz allgemein zu den Monaten gehört, in denen sich eine Entlastung des Arbeitsmarktes zu vollziehen pflegt. Eine solche natürliche Entlastung, nichts anderes, liegt auch für den September 1932 vor. Nur, dass die Entlastung nicht so hoch ist, wie der Reichskanzler anzunehmen scheint. Nach der Statistik der Gewerkschaften dürften sich die Arbeitsmärkte im September 1932, Arbeitslose und Kurzarbeiter zusammengefasst, um etwa  $\frac{1}{2}$  % gebessert haben. Danach sind unter den Gewerkschaftsmitgliedern im September 1932 rund 20 000 Menschen neu in Arbeit gekommen; für 26 000 Personen konnte die Kurzarbeit verringert bzw. abgeschafft werden. Auf die ganze deutsche Wirtschaft bezogen würde das bedeuten, immer Kurzarbeiter und Arbeitslose genommen, dass von den Besserungen im September 1932 rund 100 000 Menschen einen Vorteil hatten. Wir bedauern, dass es nicht so viel sind, wie uns der Reichs-

kanzler in seiner Paderborner Rede vorerzählt hat. Aber es hat keinen Sinn, sich über die wirkliche Lage hinwegzutäuschen, falsche Hoffnungen zu erwecken, und sich dem deutschen Volk als Wunderdoktor zu präsentieren, den es in dieser Notzeit nun einmal nicht gibt.

Die Wirtschaftsbesserungen im September haben nichts mit dem Papenplan zu tun. Sie hängen mit der ganzen Automatik der kapitalistischen Wirtschaft zusammen und sind aus den Preiserhöhungen der Massengüter auf den Weltwarenmärkten, aus der Besserung, der beginnenden Wiedergenesung der grossen Rohstoffmärkte heraus geboren. Man könnte den Beweis dafür, fachlich und chronologisch (auch für die Besserung an der Börse, auf die sich Papen in Paderborn berief), für jeden Rohstoff, für jede Produktion, für jede Industrie und schliesslich für jeden Betrieb, der heute mehr Arbeiter beschäftigt, erbringen

Schon wird für den kommenden Montag eine neue Rede des Herrn Papen angekündigt. Seine Tonleiter ist bereits zur Genüge bekannt, als dass er uns noch viel Neues zu präsentieren vermöchte. Nur wird, so viel und so schmalzig der Reichskanzler in Zukunft auch noch reden mag, ausser den Baronen und ihrem subventionierten Anhang, niemand behaupten oder gar glauben wollen, dass es dem Volk seit der Barons Herrschaft besser geht. Es geht ihm nicht nur nicht besser, es geht ihm schlechter. Und wenn Herr von Papen noch so oft, mit und ohne Rundfunk, das Gegenteil erzählen sollte.

SPD. Der "Deutsche Volkswirt" weist auf ein besonders amüsanter Beispiel nationalsozialistischer Charakter- und Grundsatzlosigkeit hin. In einer und derselben Nummer des "Völkischen Beobachters" und zwar in der vom 7. Oktober d.J. findet man zwei einander vollkommen widersprechende Stellungnahmen zu der Frage der Autarkie und der Beschränkungen fremder Einfuhr. In dem einen Artikel heisst es :

"Hätte man sich nicht von einigen Exportkonzernen bluffen lassen, so wäre Deutschland inzwischen von der Einfuhr ausländischer Lebensmittel unabhängig, hätte Millionen von Erwerbslosen weniger."

Der andere Aufsatz aber enthält folgende Sätze :

"Da bringt es... die derzeitige deutsche Regierung fertig, mit ihren Kontingentierungsversuchen zuerst und schleunigst Italien vor den Kopf zu stossen. .. Zudem hat damit das Papen-System, das doch vorgibt die Wirtschaft ankurbeln zu wollen, den deutschen Industrieexport nach Italien empfindlich geschädigt."

Einmal also gilt es als Verbrechen, dass man sich von den deutschen Exportinteressenten hat behindern lassen und ein paar Seiten weiter wird der Regierung der Vorwurf gemacht, dass sie die Exportinteressen schädige.

Ähnliche Beweise der wunderbaren Folgerichtigkeit Hitlerscher Politik lassen sich in Hülle und Fülle anführen, wenn es sich auch nicht immer so schön trifft, dass sich die Nationalsozialisten am selben Tage selber ins Gesicht schlagen. Herr Gregor Strasser beispielsweise hat immerhin einen Zeitraum von einigen Monaten zwischen seine verschiedenegearteten Bekenntnisse gelegt. Aber man soll es doch festhalten, dass er im Juli 1932 im "Kampf um Deutschland" die Autarkie im weitesten Ausmass forderte, während er sich im September dieses Jahres dem amerikanischen Journalisten Knickerbocker gegenüber als Gegner einer unbeschränkten Autarkie vorstellte, der nicht die Absicht habe, einen Versuch zu einer völligen wirtschaftlichen Selbstversorgung zu machen.

Der gleiche Herr Strasser legte im "Kampf um Deutschland" den Eidschwur ab: "Wir sind Sozialisten, sind Totfeinde des heutigen kapitalistischen Wirtschaftssystems... , wir sind entschlossen, dieses System unter allen Umständen zu vernichten." Und zu Herrn Knickerbocker sagte er: "Wir erkennen das Privateigentum an. Wir erkennen die private Initiative an, wir sind gegen die

## Verstaatlichung des Handels."

So sehen die Leute aus, die das deutsche Volk aus seiner wirtschaftlichen Not befreien wollen. Ihre Rezepte wechseln je nach den Erfordernissen ihrer Agitation, und sie machen sich nicht das Geringste daraus, heute zu preisen, was sie gestern verdammt haben. Und solchen Kurpfuschern sollen wir glauben, wenn sie sich im Augenblick als Schützer der Demokratie, als Verteidiger der Volksrechte und als Vorkämpfer der Arbeiterklasse hinstellen!

-----

SPD. Wien, 17. Oktober (Eig. Drahtb.)

Am Sonntag kam es in Wien-Simmering zu blutigen Auseinandersetzungen zwischen Nationalsozialisten und Arbeitern. Drei Personen wurden getötet. Der Vorstand der österreichischen Sozialdemokratie hat zu diesem Zwischenfall am Montag einen Aufruf erlassen, in dem es u. a. heisst :

"Die Hakenkreuzler haben in Simmering einen Aufmarsch veranstaltet, bei dem es zu blutigen Zusammenstößen gekommen ist und Menschenleben zu beklagen sind. Eine Gruppe von Arbeitern ist mit Hakenkreuzlern in Konflikt geraten. Die Polizei suchte die Streitenden zu trennen. Von der Polizei verfolgt, liefen einige Arbeiter nach dem Arbeiterheim; die Nazis setzten nach. Da die Tore des Heims gesperrt waren, blieben die verfolgten Arbeiter vor dem Arbeiterheim stehen und gerieten mit den Nazis in Konflikt. Dabei gaben die Nationalsozialisten Schüsse auf das Arbeiterheim ab, deren Einschüsse man an der Mauer des Heims feststellen kann. Die Schüsse der Nazis wurden von unseren Genossen erwidert. Der Wachmann Tlasek, der von einem Schuss getroffen und getötet wurde war der Simmeringer Arbeiterschaft als pflichttreuer Beamter und als Freund der Arbeiterschaft bekannt. Die ganze Arbeiterschaft wird es mit uns beklagen, dass er ein Opfer dieses Ereignisses geworden ist. So wenig Schuld aber den Toten trifft, so schwere Schuld lastet auf den leitenden Organen der Polizei. Sie haben wiederum einen völligen Mangel an Voraussicht bewiesen. Obwohl schon die Ereignisse des Gauparteitages der Hakenkreuzler bewiesen hatten, dass die Nazis immer wieder zu den Heimen der Arbeiter vorzudringen suchten, um dadurch blutige Zusammenstöße zu provozieren, hat die Polizei die Drischützgasse, in der sich das Heim der Simmeringer Arbeiter befindet, nicht abgeriegelt. Noch skandalöser war das Verhalten der Polizei nach dem blutigen Ereignis! Die Polizeiorgane, die eine Haussuchung im Arbeiterheim vornahmen, haben bei dieser Amtshandlung die Schutzbündler in unmenschlicher Weise geschlagen und misshandelt. Sie haben bei der Amtshandlung ihren toten Kameraden dadurch zu rächen gesucht, dass sie das Mobiliar des Heims vandalisch zerstörten, Bilder von den Wänden rissen, Büsten zertrümmerten, Uhren mit Füßen traten, Gasöfen umrissen. Ein solches Vorgehen beamteter Organe bei einer Amtshandlung kann in einem zivilisierten Staat nicht geduldet werden. So unzweifelhaft die Schuld der Nazis und so schwer die Mitschuld der Polizei ist, so haben andererseits bei dem blutigen Ereignis auch Provokateure ihre Hand im Spiel gehabt.

Schon vor den Zusammenstößen sind in der Drischützgasse Leute aufgetaucht, die die Bereitschaft des Schutzbundes alarmierten und einen Konflikt herbeizuführen suchten. Ob diese Provokateure Sendboten der Nazis gewesen sind, oder ob es unbesonnene Arbeiter waren, wissen wir nicht. Wer immer es gewesen ist, fest steht, dass das Verhalten einer Gruppe von Provokateuren dazu beigetragen hat, den blutigen Zusammenstoß herbeizuführen. Angesichts dieser Erfahrung hält es der Parteivorstand für unerlässlich, festzustellen, dass der Kampf gegen den Faschismus nicht durch Raufereien und Schiessereien kleiner Gruppen entschieden werden kann, die nutzlos schwere Opfer kosten, sondern nur im organisierten und disziplinierten Massenkampf siegreich geführt werden kann."

-----

SPD. Am 18. und 19. Oktober 1932 findet in Kreuzburg in Schlesien vor der Strafkammer Oppeln gegen rechtsradikale Elemente ein wichtiger Strafprozess statt, auf den ganz Schlesien und Oberschlesien gespannt ist.

Am 14. Februar hatten Nationalsozialisten den Gausekretär Musiol, den Gewerkschaftssekretär Olbrich aus Kreuzburg und den Ortsgruppenführer des dortigen Reichsbanners Künzel in der schwersten Weise körperlich misshandelt. Der Gausekretär Musiol hat tagelang infolge der schweren Verletzungen zwischen Tod und Leben geschwebt. Der Prozess ist insofern besonders interessant, als nicht nur die Naziführer des Kreises Kreuzburg mit 25 anderen Leuten unter Anklage gestellt sind, sondern auch der Stahlhelmführer von Kreuzburg, der Zahnarzt Kempf unter Anklage steht. Die Reichsbannerkameraden, vertreten durch Rechtsanwalt Braun-Magdeburg, werden als Nebenkläger auftreten.

-----

SPD. Leipzig, 17. Oktober (Eig. Drahtb.)

Vor dem Staatsgerichtshof hielt der preussische Regierungsvertreter Ministerialdirektor Brecht in dem Streitverfahren gegen das Reich den angekündigten Schlussvortrag.

Als Ergebnis der ersten Verhandlungswochen bezeichnete er, dass Artikel 48 Absatz 1 der Reichsverfassung (Exekution) nicht anwendbar sei, weil eine materielle Pflichtversäumnis nicht vorliege. Aber auch der Absatz 2 (Diktaturgewalt) so jedenfalls so, wie er in Anwendung gekommen sei, nicht anwendbar. Das Schwergewicht des preussischen Kampfes richte sich gegen die Anwendung des Absatzes 1. Die Reichsregierung habe sieben Vorwürfe erhoben, mit denen angeblich Preussen gegen diese Absätze verstossen haben soll: 1. Abhängigkeit der preussischen Regierung von der KPD im Landtag, 2. Rede Grzesinskis in Magdeburg, 3. Reden Severings und Grzesinskis, 4. Änderung der Geschäftsordnung im Landtag, 5. Verzögerung der Neuernennung einer Regierung, 6. falsche Anwendung des Ermessens bei Ausstellung von Waffenscheinen, 7. Ueberschreitung von Haushaltsplanpunkten. Davon sei kein einziger mehr aufrecht zu erhalten. Aber selbst wenn diese Vorwürfe nicht widerlegt worden wären, hätte sich das Land Preussen keiner Pflichtverletzung im Sinne des zitierten Verfassungsparagraphen schuldig gemacht. Es handelt sich in allen diesen Fällen um interne Angelegenheiten des Landes. Aber sogar angenommen, dass hier Reichspflichten verletzt worden wären, hätte vor Anwendung der letzten und einschneidenden, nur für den äussersten Fall vorgesehenen Gesetzesmassnahmen eine vorherige Mahnung erfolgen müssen, die dem Land Preussen die Möglichkeit liess, den Unbeständen abzuweichen. Auch dann bleibe immer noch unberücksichtigt, dass Art. 48, 1 absolute Grenzen hat. Eine Landesregierung dürfe nie und nimmer rechtlich abgesetzt werden. Die Minister und Beamten müssen zur Pflichterfüllung angehalten werden und dürften nicht, wie das geschehen sei, von ihrer Pflichterfüllung abgehalten werden.

Ministerialdirektor Brecht schildert dann an Hand zahlreicher Beispiele wie abwegig der Vorwurf sei, dass die preussische Staatsregierung von Parteien abhängig gewesen sei. Er schliesst seine juristischen Betrachtungen mit der Feststellung, dass die Berufung auf den Abs. 1 des Art. 48 in der Verordnung des Reichspräsidenten vom 20. Juli gestrichen werden müsse. Dadurch werde die ganze Verordnung rechtlich hinfällig, ganz abgesehen davon, dass auch die Berufung auf Abs. 2 rechtlich unhaltbar sei. Wenn nötig, könnte man eine andere Verordnung an ihre Stelle setzen, die entweder einen Polizeikommissar für Norddeutschland oder einen Kommissar für einzelne Verwaltungszweige beruft. Durch eine Aufhebung der Verordnung würden keineswegs "chaotische Zustände" einreissen, da sich ja die Wirkung der Aufhebung fast ausschliesslich auf die Zukunft erstreckt. Nur soweit durch die beanstandete Verordnung die rechtliche Absetzung der Minister bewirkt worden sei, Preussens Stellung im Reichsrat beschränkt wurde, endgültige Neuernennungen von Beamten erfolgt

seien, würde auch für die Vergangenheit eine Revision zu erfolgen haben. An der Personenfrage des Reichskommissars brauche eine Zusammenarbeit mit den Mann wieder amtierenden Ministern nicht zu scheitern.

Der Reichsvertreter, Herr Gottheiner, faselte dann noch über Beziehungen zwischen SPD und KPD, die die Arbeit der preussischen Minister beeinflusst hätten. Die neueste Gottheinererei!

-----

SPD. Zwei Tote und zwölf Schwerverletzte in Dortmund, ein Toter und zwei Schwerverletzte in Leipzig, ein Schwerverletzter in Berlin, und zahllose Leichtverletzte an diesen und vielen anderen Orten. U.a. mussten in Fürstentum Reichswehrsoldaten dran glauben: Das ist die politische Blutbilanz des vergangenen Sonntags!

Dazu kommen die Verhaftungen von jenen an diesen und anderen Blutbädern beteiligten Rowdies, so z.B. von neun SA-Leuten in Hamburg. Sie hatten zwei Tage vorher bei Stahlhelmen das Dritte Reich ausbrechen und zwei schwerverletzte Stahlhelmer in das Hospital einbringen lassen. In Berlin wurden sieben Nazis verhaftet weil sie ein Stahlhelm-Werbebüro überfallen und völlig demoliert haben. In der vergangenen Woche hat es kaum eine grössere deutschnationale Versammlung gegeben, in der nicht Nationalsozialisten Felddienstübungen veranstalteten. Von den zertrümmerten Nasenbeinen bis zu den demolierten Seal-Einrichtungen gibt es keine der im SA-Exercierreglement vorgeschriebenen Dienstleistungen, die nicht jetzt auch gegen den Stahlhelm und die Partei Hugenbergs angewandt würden. Die Bundesleitung des "Stahlhelm" hat deshalb einen Notschrei an alle Patrioten und an alle echten Deutschen gerichtet, ob der Untaten der Braunen Häuser, und die Erfinder der "aufbauwilligen Kräfte", die Papenregierung, mussten bereits vor zehn Tagen die Nazi-Terrorbanden in Berlin öffentlich zur Ordnung rufen. Mit dem Erfolg: siehe Hamburg, siehe Dortmund, siehe Berlin, siehe Leipzig. Es ist die Bilanz eines einzigen Wochen-Endes. Dabei hat der Wahlkampf noch nicht einmal recht begonnen!

Erwähnen wir noch den neuen Anfang der politischen Feme, in Braunschweig, wo, gleichfalls in der vergangenen Woche, ein SA-Mann von seinen mitverschworenen Bombenwerfern "umgelegt" worden ist. Der etwas schwatzhafte Hitlerist wurde nach alterprobter Methode in ein Auto geladen, unterwegs "verloren" und tot aufgefunden.

So fragt sich jetzt der geruhsame Bürgersmann: wozu wurde eigentlich am 20. Juli die preussische Regierung abgesetzt? Der offizielle, von den Baronen angegebene Grund war: weil die Regierung Braun-Severing-Hirtsiefer "Die Ruhe und Ordnung nicht aufrecht halten konnte!" Wir habendann die Ruhe und Ordnung der "neuen Staatsführung" in jenen Tagen nach dem 31. Juli in Ostpreussen, Schleswig und Schlesien erlebt, wo die Republikaner und Arbeiter nachts in den Betten erschossen wurden. Jetzt hat eine neue "Ordnungs"periode der SA begonnen. Diesmal allerdings spürt sie auch der Stahlhelm, und selbst Hugenberg fängt an zu schreien! Der Erfinder der "aufbauwilligen Kräfte", Herr von Papen, hat wahrhaft Pech mit seinen Reden und Taten!

-----

SPD. Kiel, 17. Oktober (Eig. Drahtb.)

Der Provinzialausschuss der Provinz Schleswig lehnte auf Antrag der Sozialdemokratie eine Stellungnahme zu der von dem Preussenkommissar als dringlich betonten Neuwahl eines Oberpräsidenten ab. Mit der Dringlichkeit bezweckte Herr Bracht in Schleswig-Holstein, wo der sozialdemokratische Oberpräsident nach dem 20. Juli seines Amtes enthoben wurde, endgültige Zustände zu schaffen und an Stelle des Sozialdemokraten einen rechtsbürgerlichen Mann zu setzen.

-----

SPD. Der vor einigen Tagen verstorbene Münchener Staatsrechtler Prof. Rothenbücher hat am 21. Juli 1932, also unmittelbar nach dem Vorgehen des Reiches gegen Preussen folgenden Brief an Professor Anschütz-Heidelberg gerichtet :

"Mein Standpunkt ist kurz der: Wenn man die Voraussetzung des Art. 48, wenigstens was Absatz 2 anlangt (nicht aber was Abs. 1 anlangt) für gegeben erachtet, so ist die Einsetzung eines Reichskommissars zulässig, dieser aber nur berechtigt, einem Minister des Innern die Ausübung der Polizeigewalt zu verbieten und sie an sich zu nehmen, nicht aber ihn und unbeteiligte Minister oder etwa einen Staatssekretär im Handelsministerium abzusetzen."

-----

SPD. Chemnitz, 17. Oktober (Eig. Drahtb.)

Wie das Polizeipräsidium Chemnitz mitteilt, ist vor einigen Tagen in Chemnitz ein noch unaufgeklärter Giftmord an einem Wehrwolf-Mann verübt worden

In der vergangenen Woche kehrte der Arbeiter Erich Hennemeyer von einer Motorradfahrt nach Zwickau zurück, kam nachts gegen zwei Uhr in Chemnitz an, fiel auf sein Bett und war nach wenigen Minuten tot. Die Untersuchung hat ergeben, dass sich in der Tasche des Verstorbenen eine Tüte mit Schokoladepralinen befand, von denen einige Zyankali enthielten. Vorgefundenen Spuren nach hat Hennemeyer von diesen Pralinen gegessen und durch das Gift den Tod gefunden. Weiter ist festgestellt worden, dass der Ermordete fast jeden Montag mit seinem Motorrad nach Zwickau fuhr und dort Verbindungen mit noch unbekanntem Personen aufnahm. Der Zweck der Fahrten ist bisher noch nicht geklärt. Von den Tätern fehlt bisher jede Spur.

-----

SPD. Brüssel, 17. Oktober (Eig. Drahtb.)

Der am Montag abgehaltene Ministerrat hat nicht den erwarteten Beschluss der Parlamentsauflösung gebracht. Ob dieser Beschluss jedoch vermieden werden kann, steht noch dahin. Der Ministerrat hat sich auf Dienstag vertagt, um, wie es in einem amtlichen Kommuniqué heisst, die Aussprache über die politische Lage fortzusetzen. Die Entscheidung ist also zunächst um einen Tag verschoben worden. Aber schon die Montagsitzung brachte ein wichtiges Ereignis insofern, als der Vorstoss der liberalen Minister gegen die Kontingentierungspolitik der Regierung mit einer formalen Kapitulation des Ministerpräsidenten und der schutzzöllnerischen Minister endete.

Der Ministerrat beschloss nämlich keine neuen Kontingentierungen der Einfuhr mehr vorzunehmen und die bereits beschlossenen oder durchgeführten Kontingentierungsmassnahmen einer Nachprüfung zu unterziehen. Obwohl es sich dabei zweifellos um ein Wahlmanöver der beiden Regierungsparteien handelt, darf dieser Beschluss dennoch als erste wertvolle Frucht des sozialistischen Sieges bei den Gemeindewahlen betrachtet werden. Am Dienstag wird sich der Ministerrat hauptsächlich mit der Finanznot des Staates und ihrer Abhilfe beschäftigen. Es wird sich zeigen, ob eine Einigung erzielt werden kann.

-----

SPD. Stockholm, 17. Oktober (Eig. Dr.)

Die neue Kreuger-Affäre nimmt täglich an Umfang zu und wenn nicht alle Anzeichen trügen, wird sich Torsten Kreuger seines Bruders Ivar würdig erweisen.

Wie aus dem am Montag abgeschlossenen Bericht der Konkursverwaltung hervorgeht, hat sich Torsten Kreuger der gleichen Methoden zur Irreführung der Öffentlichkeit bedient wie sie im Zündholzkonzern praktiziert wurden. Wäh-

rend die Bilanzen einer von ihm geleiteten grossen Industriegesellschaft Jahre hindurch keinen Zweifel an der ökonomischen Sicherheit des Unternehmens aufkommen liessen, ergibt sich jetzt, dass nicht nur die 5,5 Millionen des angeblichen Aktienkapitals und der Reservefonds verbraucht waren, sondern auch eine Obligationsanleihe von 3 Millionen zum grössten Teil draufgegangen war. Während die Gesellschaft in den Jahren 1923 bis 1930 in ihren Bilanzen einen Nettogewinn von rund einer halben Million Kronen aufwies, hatte sie in Wirklichkeit während dieses Zeitabschnittes einen Verlust von 4 Millionen Kronen. In einer zweiten, von Kreuger geleiteten Gesellschaft konnte festgestellt werden, dass die Aussenstände zehnfach höher gebucht waren als sie in Wirklichkeit waren. In einer Bilanz figurirte ein Bankguthaben von 2,5 Millionen Kronen, das aber bereits bis zur letzten Krone erschöpft war.

-----

SPD. Wien, 17. Oktober (Eig. Drahtb.)

Der Bundespräsident hat am Montag auf Vorschlag der Regierung den Major Emil Fey zum Staatssekretär für das Sicherheitswesen ernannt. Major Fey ist eine der rechtsstehenden faschistischen Persönlichkeiten in Österreich. Er gilt allgemein als Monarchist und Schwarzgelber. Die innenpolitische Lage ist mit der Ernennung noch gespannter geworden.

-----

SPD. London, 17. Oktober (Eig. Draht.)

Am Montag erklärte MacDonald auf einem Bankett, dass die Nationalregierung sich Europa nicht ohne den Völkerbund vorstellen könne. Er halte zum Völkerbund und zu den Verträgen des Völkerbundes.

"Wir wollen, - so führte MacDonald weiter aus - dass die Abrüstung wirklich etwas greifbares hervorbringt. Der Kern unserer Politik ist keine Wiederaufrüstung sondern Abrüstung. Deutschland weiss genau, dass England seine Forderung, auf Abrüstungskonferenzen als gleichberechtigt behandelt zu werden, nicht bekämpft. Es weiss auch, dass uns sehr viel daran liegt, Deutschland und seine Nachbarn in vertrauensvollere Beziehungen zu bringen. Alles deutet auf die Notwendigkeit hin, eine allgemeine Vereinbarung über den Fall Deutschlands zu erzielen, und wir müssen daher alles darüber erfahren. Deutschland muss einsehen, dass es bei Vorbereitung dieser Vereinbarung zugegen sein und seine Ansichten mit uns allen austauschen muss. Italien und wir haben vereinbart, wie der tote Punkt überwunden werden könnte und Frankreich hat sich schliesslich bereit gefunden, mit Deutschland, Italien und uns zusammenzutreffen. In bedauern ausserordentlich, dass Deutschland, indem es seine Bereitschaft zur Teilnahme an einer derartigen Konferenz erklärt, nach Genf zu gehen ablehnt aus Gründen, deren Gehalt schwer zu erkennen ist. Ich hoffe, dass seine jüngste Antwort nicht sein letztes Wort gewesen ist. Unsere Regierung verfolgt weiter ihre Ziele und hofft, in einigen Tagen weiteres mitteilen zu können."

-----

SPD. Die in Berlin erscheinende "Deutsche Allgemeine Zeitung" ist das Leib- und Magenorgan des Herrenklubs. Dieses von der Schwerindustrie gehaltene Blatt hat die Hitlerbewegung so lange gehegt und gepflegt, bis sie breit und stark genug war, die Barone in die Regierung zu heben. Auch heute ist für diese "D.A.Z." der Oberösaß der Mann, "der dem heiligsten Begriff Vaterland wieder das Bürgerrecht erkämpft ... und der edelsten Vorbilder tausendjähriger Geschichte wert ist."

Es würde sich gewiss nicht lohnen, diesen nur in Anwesenheit eines

Spucknapfes zu geniessenden Schmalz und Nudelschleim zu erwähnen, wenn nicht in dem gleichen Artikel die SA-Banden als "Lumpenproletariat der Grosstädte" verglichen würde, weil in diesem Wahlkampf auch die deutschnationalen Wahlversammlungen, weil Hugenberg und die Barone das Opfer der ehemals so vielgeliebten und von der Schwerindustrie errichteten Braunen Häuser geworden sind. Die "D.A.Z." spricht am Montag sogar von den "Wild-West-Methoden" der Nazis, für die Hitler "die stärkste Verantwortung" trage. Es wird schliesslich der Brief des "Stahlhelm" an Hitler zitiert, in dem es u.a. heisst: "Deutschlands Befreiung kann nicht mit zuchtlosen, verwilderten Haufen errungen werden", aber trotzdem lässt die "D.A.Z." den Mut nicht sinken, denn es war die herrliche nationale Bewegung und das unvergängliche nationale Verdienst Hitlers, "die den Kurswechsel in der Politik des Reiches und Preussens erst ermöglicht haben." Und deshalb lässt der Herrenklub seine Artikelschreiber bedauern und dem Gebieter "des Lumpenproletariats" sagen: "es ist gewiss ein nationales Unglück, dass die bis in die Einzelheiten verabredete Einigung mit den Nationalsozialisten nicht schon im August erfolgen konnte" ... aber: "nach dem 6. November wird eine neue Lage geschaffen sein... Hindenburg wird dann noch einmal den Versuch des Ausgleichs machen."

Wessen Herrn von Papen und den Baronen das Herz voll ist, davon fliesst die "D.A.Z." stets über. Der Wink an Herrn Hitler ist klar und deutlich. Einst weilen dürfen sich die SA-Leute und die Stahlhelmer aus wahltechnischen Gründen noch die Schädel einschlagen. Es kommt ja darauf an für den kommenden Kuhhandel möglichst viel Mandate zu haben. Nach dem 6. November stehen die Ministersessel und die Posten bereit. Dann soll Harzburg wieder hoch in Ehren stehen, treudeutsch und vaterländisch!

-----

SPD. Amsterdam, 17. Oktober (Eig. Drahtb.)

Als eine Irreführung des In- und Auslandes bezeichnet der "Neue Rotterdamsche Courant" die Aussagen des Reichskanzlers von Papen in Paderborn über seine Kontingentierungspläne. Der deutsche Zuhörer werde in den Wahn versetzt, als ob sich mit Niederland, dessen Widerstand gegen die Kontingentierung in Deutschland so tiefen Eindruck gemacht habe, noch über die deutschen Pläne reden lasse. Damit erwecke er bedenkliche Illusionen, denn ihm selbst müsse klar sein, dass er entweder seine Absichten aufgeben oder mit den Massnahmen, zu denen Niederland sich gezwungen sehen werde, rechnen müsse. Gegenüber dem Ausland sei es eine Irreführung, wenn er von der Kontingentierung als einer zeitweiligen Notmassnahme gesprochen habe, denn in München habe er selbst die Bevorrechtung der Landwirtschaft anstelle der bisherigen Bevorrechtung der Industrie proklamiert und auch die "Tomaten-Kommission" fasse die Kontingentierung anders auf. Die Regierung von Papen werde, wenn sie solch Pläne durchzuführen trachte, Niederland zwingen, seiner eigenen dadurch entstandenen Not Rechnung zu tragen.

-----

SPD. Paris, 17. Oktober (Eig. Drahtb.)

Die Untersuchung über das Eisenbahnunglück von Cérences hat ergeben, dass der Bahnhofsvorsteher und der Lokomotivführer des Personenzuges die Verantwortung für den Zusammenstoss tragen. Sie sind daher wegen fahrlässiger Tötung unter Anklage gestellt, aber noch in Freiheit gelassen worden. Dem Bahnhofsvorsteher wird vorgeworfen, dass er entgegen den Vorschriften wenige Minuten vor Ankunft des Personenzuges den Güterzug auf dem durchgehenden Gleis hat rangieren lassen, der Lokomotivführer wird beschuldigt, bei der Einfahrt in den Bahnhof ein zu schnelles Tempo gefahren zu sein.

-----

SPD. Bukarest, 17. Oktober (Eig. Dr.)

Die seit einer Woche erwartete Regierungskrise ist ausgebrochen. Ministerpräsident Vaida-Voevod hat am Montag nachmittag dem König den Rücktritt des Gesamtkabinetts überreicht, da er sich davon überzeugen musste, dass der König und ebenso einige Mitglieder seines Kabinetts die Partei des gegen ihn rebellierenden Londoner Gesandten Titulescu ergriffen hatten und dessen ablehnende Haltung in der Frage des Nichtangriffspaktes mit der Sowjetunion teilten. Der König hat die Demission angenommen.

In nationalzararantistischen Kreisen wird versichert, dass weder mit einem Regierungswechsel noch mit der Auflösung der Kammer zu rechnen sei. Der König werde wieder eine nationalzararantistische Regierung berufen. Der nationalzararantistische Führer Maniu ist für Dienstag zum König gebeten worden. Es wird allgemein angenommen, dass er mit der Neubildung der Regierung, in die Titulescu als Aussenminister eintreten werden soll, beauftragt werden wird. Nachdem es dem ehrgeizigen Titulescu gelungen ist, aus dem Kampf mit Vaida-Voevod als Sieger hervorzugehen und diesen zu stürzen, ist es nicht ausgeschlossen, dass er nunmehr wieder auf seinen Londoner Posten zurückkehren und dadurch Maniu oder einem anderen Nationalzararantisten die Bildung eines homogenen nationalzararantistischen Kabinetts ermöglichen wird.

SPD. Genf, 17. Oktober (Eig. Drahtb.)

Die 13. Völkerbundsvollversammlung wurde am Montag nach der Annahme des Budgets für 1933 und der Sekretariatsreform geschlossen. Durch die Verlegung der wichtigsten Entscheidungen in die Abrüstungskonferenz und die ausserordentliche Vollversammlung im November war der abgeschlossenen Tagung fast nur formale Arbeit zugefallen, wodurch sie stark an Interesse verlor.

Der Völkerbundsrat hat nach Erfüllung der von Deutschland verlangten Voraussetzungen, nämlich der Annahme der Sekretariatsreform und der verbindlichen Feststellung der Uebergabe der Finanz- und Wirtschaftsabteilung an den neuen deutschen Untergeneralsekretär, durch die Völkerbundsvollversammlung den bisherigen Generalsekretär-Stellvertreter Avenol-Frankreich einstimmig zum Generalsekretär auf zehn Jahre ernannt. Die Bestätigung wird in der Novembertagung der ausserordentlichen Vollversammlung erfolgen. Avenol wird sein Amt nach dem endgültigen Ausscheiden Sir Eric Drummonds im Juni 1933 antreten.

SPD. Wien, 17. Oktober (Eig. Drahtb.)

Es ist bereits eindeutig erwiesen, dass die blutigen Vorfälle, die sich am Sonntag im Simmeringer Arbeiterheim in Wien zugetragen haben, planmässig von den Hakenkreuzlern provoziert waren.

Ein Trupp der Nazis, die einen sehr schwach besetzten Aufmarsch durch den Arbeiterbezirk unternommen hatte, hatte sich von der Haupttruppe abgesondert und war absichtlich vor das Arbeiterheim, das nicht auf der vorgezeichneten Marschstrecke liegt, gezogen, um dieses zu überfallen. Die Hakenkreuzler hatten zuerst Schüsse gegen die Schutzbündler im Arbeiterheim abgegeben, dann erst wurden die Schüsse erwidert, denen schliesslich drei Menschen zum Opfer gefallen sind. Der erschossene Polizeibeamte ist Sozialdemokrat; er war in der sozialdemokratischen Gewerkschaft organisiert. Der Schuss hatte ihn, wie die Untersuchung ergab, von vorn getroffen und hatte rückwärts seinen Körper verlassen. Es geht daraus hervor, dass der Beamte, der mit dem Gesicht den Nationalsozialisten zugewandt war, von den Hakenkreuzlern erschossen worden ist.

Die Polizei hat auch am Montag nachmittag noch das Arbeiterheim besetzt gehalten. Sie lässt keinen Menschen, nicht einmal die öffentlichen Funktionäre und Nationalräte der Sozialdemokraten, das Heim betreten. Schutzbündler, die

in dem Heim zur Zeit der Waffensuche waren, erzählen, dass die Polizei das Heim in eine wahre Trümmerstätte verwandelt hat. Uhren und alle Einrichtungsgegenstände wurden von den Polizisten herabgerissen, zertrümmert und zertrampelt. In allen Räumen wurden bei der Suche nach Waffen die Mauern aufgerissen. Gefunden wurden einige Handfeuerwaffen, die zur Verteidigung des Heims gegen Hakenkreuzlerische Ueberfälle bereit lagen.

Die rechtsradikalen Organisationen Österreichs benutzen die blutigen Vorfälle zu einer wüsten Hetze gegen den Schutzbund. Die rechtsstehende Organisation der Polizei hat am Montag von der Regierung die sofortige Auflösung aller Selbstschutzverbände, vor allem des Republikanischen Schutzbundes, gefordert. Das reaktionäre Rektorat der Universität ging sogar soweit zu erklären, dass es die Wiener Hochschule nicht früher eröffnen werde, ehe die Bundesregierung Sicherheit gegen derartige Vorfälle gegeben habe. Mit dieser versteckten Drohung will man die Auflösung des Republikanischen Schutzbundes erpressen.

Der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei befasste sich am Montagabend mit den Massnahmen, die anlässlich dieser rechtsradikalen Hetze und der blutigen Folgen der Nazi-Provokationen erforderlich sind.

-----  
SPD. Dortmund, 17. Oktober (Eig. Drahtb.)

Die Ermittlungen über die folgenschweren Zusammenstösse zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten am Sonntag habenergeben, dass noch zwei weitere Schwerverletzte in Krankenhäusern liegen. Einer davon, ein 22jähriger Arbeiter ringt mit dem Tode. Er hat einen Kopfschuss erhalten. Sechs Personen wurden bisher unter dem Verdacht der Mittäterschaft festgenommen. Vier stehen in dringenden Verdacht des Totschlags.

Der Regierungspräsident von Arnsberg hat zur Aufklärung der Angelegenheit eine Belohnung von 500 Mark ausgesetzt.

-----  
SPD. Dem Sprachrohr des Herrenklubs und der Barone, der "Deutschen Allgemeinen Zeitung" entringt sich am Montag folgendr Stosseufzer:

"Die Manieren unseres politischen Kampfes sind so unleidlich geworden, dass das öffentliche Leben schwer darunter leidet. Die Enthüllungen des deutschen nationalen Abgeordneten Steuer in einem der vielen überflüssigen Ausschüsse des Preussischen Landtags betrachten wir in diesem Zusammenhang als eine Entgleisung, die wieder gutgemacht werden wird. Sie beweisen nur eins, und das ist allerdings erfreulich, dass selbst ein preussischer Landtagsabgeordneter keine Vorstellung davon hat, was ein wirkliches politisches "Panama" ist. Der frühere Finanzminister Klepper erfreut sich nirgends besonderer Sympathien, und wir sind die Letzten, die ihn verteidigen möchten. Aber ihm vorzuwerfen, dass er als Chef der Preussenkasse einer der grössten Städte des Landes einen Kredit vermittelt hat, während gerade ein Kommunalpolitiker wie Herr Steuer wissen musste, dass die deutschen Kommunen, grosse und kleine, in den vergangenen Jahren die Minister-Vorzimmer Berlins geradezubelagert haben, weil sie sich nicht mehr zu helfen wussten, ihm einen Strick aus einem inzwischen brä auf Heller und Pfennig zurückgezahlten Darlehen von 12 000 Mark an einen hohen Beamten zu drehen, ihm jenes politische Sonderkonto A anzukreiden, aus dem vielleicht auch einige fragwürdige Unternehmungen finanziert worden sind, die Gerichte mögen sich mit aller Eindringlichkeit damit beschäftigen, - gewiss aber diejenige Aktion der letzten Monate, auf der, wir übertreiben nicht, zur Zeit der Staat beruht, das ist politisch nicht besonders klug. Männer wie Braun und Severing sind von unserem Standpunkt aus scharf zu bekämpfen, aber sie haben reine Hände. Die Korruptionsriechelei von 1932 übertrifft noch die Spionenriechelei von 1914. Bei dem politischen Gegner fragt man zuerst danach,

wie viel Gehalt er im Durchschnitt der letzten drei Jahre bezog. Welches ist  
übrigens das Maximaleinkommen, das nach Ansicht der Erneuerer eben noch er-  
laubt sein sollte? Was ist das für ein gemeingefährlicher Unfug, den Neid-  
instinkt zu einem beherrschenden Faktor des öffentlichen Lebens zu machen?  
Wie lange sollen wir uns, ohne energisch zu protestieren, diese Topfguckerei  
noch gefallen lassen, diese lächerliche Verproletung des politischen Kampfes?  
Ob der Reichskanzler einer Bittstellerin 20, 30 oder 100 Mark sendet, geht die  
Wahlversammlungen nichts an. Den Vermögensverhältnissen der Grossmütter der  
Reichsminister zum Zwecke der Denunziation nachzuspüren, ist lakaienhaft.  
zum Schutze der persönlichen Ehre müssen die bestehenden Gesetze ebenso rücksichtslos  
angewendet werden wie das in der Verfolgung landläufiger Verbrechen  
und Vergehen geschieht."

Gut und schön! Warum ist aber das Organ des Herrenklubs nicht schon früh  
zu dieser Einsicht gelangt? Etwa in der stillen Erkenntnis, dass es mitschuldig  
ist, wenn die Steuer und Konsernten nicht nur jahrelang den Topf sondern  
selbst den Nachtopf der republikanischen Minister ausspionieren liessen? Ode  
beruht die plötzliche Einsicht etwa auf einem Wink des Herrn von Papen, der  
als früherer Aufsichtsratsvorsitzender der Berliner "Germania" über Subventio-  
nen an Zeitungen sicherlich recht gut Bescheid weiss?

Jedenfalls kommt die Einsicht der D.A.Z. reichlich spät. So spät, dass  
dass sich jedenfalls bestimmte Gründe dahinter verbergen!

SPD. Leipzig, 17. Oktober (Eig. Drahtb.)

Die Verhandlungen vor dem Staatsgerichtshof in Sachen Preussen gegen das  
Reich wurden am Montag-Abend gegen acht Uhr beendet. Der Termin der Urteil-  
verkündung steht noch nicht fest.

Der Vorsitzende des Gerichtes stellte fest, dass der Staatsgerichtshof  
Wert darauf lege, das Urteil so schnell wie möglich zu fällen. Immerhin sei  
es ausgeschlossen, die Beratungen in wenigen Tagen zu Ende zu führen. Vielleicht  
könne die Urteilsverkündung aber für nächsten Dienstag angesetzt werden. Er  
sehe davon ab, jetzt schon eine feste Stunde und einen bestimmten Tag für die  
Urteilsverkündung zu bezeichnen auf die Gefahr hin, dass der Staatsgerichtshof  
überhaupt die Beratung zum Ziele einer Entscheidung führen werde. Das könne  
er an sich nicht mit Sicherheit sagen. Sollte sich die Notwendigkeit einer  
Wiedereröffnung der Verhandlungen ergeben, dann würde er das den beteiligten  
Parteien mitteilen. Wenn aber auf der Einladung eine solche Mitteilung nicht  
stehe, sondern nur der Termin angegeben sei, dann könnten die Beteiligten  
mit der Verkündung der Entscheidung rechnen.

In der Montag-Nachmittags-Sitzung machten die Reichsvertreter verzweifelte  
Anstrengungen vor Gericht zu beweisen, dass die abgesetzten preussischen  
Minister überhaupt nicht klageberechtigt seien. Dass sie sich dazu ausgerech-  
net am letzten Verhandlungstag entschlossen, lässt erkennen, wie unsicher sie  
ihrer Sache sind. In Ermangelung durchschlagender Gründe für die Gewaltaktion  
gegen Preussen versuchte man eine Entscheidung des Staatsgerichtshofes zur  
Sache zu hintertreiben. Würde der Staatsgerichtshof darauf eingehen, so wäre  
das gleichbedeutend mit seinem eigenen Todesurteil und es könnte der Fall  
eintreten, dass er eines Tages ebenfalls auf Grund des Artikels 48 für abge-  
setzt erklärt würde.

SPD. Münster, 17. Oktober (Eig. Drahtb.)

Auf einer Kundgebung der westfälischen Zentrumspartei sprach der Zentrumsführer Prälat Kaas.

Kaas wandte sich ausserordentlich scharf gegen die Reichsregierung. Die Regierung, die das Parteiwesen in Bausch und Bogen zerschlagen möchte, merke anscheinend garnicht, dass sie längst selbst zur Partei geworden sei, und zwar nicht einmal zu einer imposanten. Das deutsche Volk in seiner gewaltigen Mehrheit habe zu vielem von dem, was Weimar ihm gebracht und zu bringen versprochen habe, ein zu innerliches und überzeugtes Verhältnis als dass es die in der Weimarer Verfassung beschlossenen Freiheiten und Fortschritte widerspruchslos und kampflös in den Papierkörben der Bürokratie der Geheimräte verschwinden liesse. Der Konflikt mit dem Parlament alleingenüge für einen Kanzler nicht, ein Bismarck zu werden. Eine Regierung, die sich über den Volkswillen hinwegzusetzen beginne, sei eine schwache Regierung. Zwangsläufig schliddere sie in eine Prestige- oder Popularitätspolitik hinein. In dem Bemühen, durch mehr oder minder gewaltsame Interpretation der Verfassung ihre Existenz in der gegenwärtigen Führung und Zusammensetzung zu sichern, treibe die Reichsregierung einem Zustand zu, der zu einer fortschreitenden Erschütterung der Rechtsgrundlagen und der Autorität des Staates führen müsse.

-----

Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Dienstag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850.

# Fisch aller Welt

## Krise im Atlantik!

Bei den Tranfischern Neufundlands - Der Kabeljau als Oelproduzent.

SPD. Bei den Neufundlandfischen hat der Kabeljaufang begonnen, die Fische zeigen sich in grossen Schwärmen.

"Codfish Oil", überall in den amerikanischen Nordstaaten, von Maine bis Ontario, von Quebec bis Florida, künden die Plakate diesen Namen. An den amerikanischen Bahndämmen, an verwitterten Wänden der Goldgräberhotels, an den Wolkenkratzern New-Yorks und selbst in den Wolken kann man ihn lesen. Es ist, als ob von diesem Oel das ungeheure Tempo des Lebens zwischen Hudsonbai und mexikanischem Golfe bestimmt würde. Und dabei ist "Codfish-Pil" nur ein harmloser Trank, Schmieröl für die leicht ausser Gang kommende Menschenmaschine drüben in den trockengelegten Staaten von USA. Ein Kinderschreck, einfacher Lebertran. Lebertran vom Kabeljau, Fischöl von den Neufundlandbänken.

Wenn die grossen Ozeandampfer die letzte europäische Klippe hinter sich gelassen haben und in grosser Fahrt die amerikanische Küste ansteuern, passieren sie schon nach wehigen Tagen die Treibeisgrenze. Bei dem nördlich liegenden Kurse geschieht es dann sehr oft, dass der Dampfer aus einer Nebelböe heraus taucht und ganz dicht voraus ein weites Halbrund kleiner, grüner, grauer und brauner Dampfer sieht. Sie haben seltsame Flaggen im Topp und scheinen still zu liegen. Trotz der warnenden Sirene des grossen Bruders denken sie nicht daran aus dem Wege zu fahren. Es sind Fischerflottillen, die hier, in der Passage des von Norden kommenden Labradorstromes ihre Netze ausgelegt haben und dem Meere die beste und fetteste Beute entreissen, die es in diesem Teile des Ozeans gibt. Bald nach der Passage solcher Flottillen wird Land ausgerufen, die grosse, Amerika vorgelagerte Insel Neufundland ist in Sicht gekommen. Die Feuer von St. Johns, der Hauptstadt dieser Insel der Meerfischer und des amerikanischen Lebertrans, winken herüber.

Neufundland ist reich an ungeheuer ertragreichen Fischgründen. Die Fische ernähren die Menschen der Insel. Von Morgens bis Abends kann man in St. Johns nichts anderes hören als Gespräche über Fische - vor allem über den "Codfish", den Kabeljau! Und wenn man die heimkehrenden Flottillen der Fischer einmal gesehen hat, begreift man auch, dass der "Codfish" eine so grosse Rolle im Leben des Neufundlandfischers spielen muss. Aus Kabeljau wird alles hergestellt, vom einfachsten Leim bis zum hochwertigsten Fischöl, dessen Konsum ganz Amerika beherrscht.

Zur Grossfangzeit, besonders also jetzt, kehren die grossen Flottillen oder ihre Motorkutter fast täglich in den Hafen zurück, über und über mit bleigrauen, glänzenden Fischleibern gefüllt. Bei Sonnenuntergang schillern die Riesenleiber der Fische auf Deck in den herrlichsten Farben. Kaum haben die Boote angelegt, gehen Männer und Frauen daran, die Fische mit grossen Gabeln auszuladen - es sieht aus, als ob Getreide eingefahren würde. Sind die Fische sortiert, verteilt und auf die Trockenplätze gebracht, dann wird ihnen mit dem flinken schwedischen Messer der Leib aufgerissen. Hunde balgen sich um die Gedärme, während die Frauen die Fischleiber nach den Fabriken bringen und andere die Fischleibern sorgfältig abschätzen. Die ausgenommenen Fische werden getrocknet und dann versteigert. Sie werden ausschliesslich von den Fischfa-

briken verkonsumiert: wenige Tage nach den Versteigerungen verpestet ein unerträglicher Gestank die Luft der Insel. Von den Riesenfischen ist nichts übrig geblieben als eine Ladung leckerer Fischdelikatessen und das klarbraune "Codfish-Oil".

Aber schon zeigen sich auch hier die ersten Krisenstreifen am Horizont. Zwar wird "Codfish-Oil" auf dem amerikanischen Markte noch immer sehr gefragt, aber die Löhne der Kabeljaufischer sinken fast wöchentlich, und die Fischfabriken bieten nur noch ganz niedrige Summen für die überreichen Fänge, sodass die kleineren Fischereiuunternehmer kaum noch grosse Fangzüge auszurüsten wagen. Nach und nach verlieren schon einzelne kleine Inselfischer infolge des Ueberangebotes und der niedrigen Fischpreise ihre Existenz; Fischerboote werden verkauft, da ihre Eigner die Schiffshypotheken nicht mehr halten können; auf heimlichen Wegen schleicht sich so die Krise auch in dieses fruchtbare und ergiebige Inselland hinein.

S.

+ + +

Eisenbahnunglück. Bei der Entgleisung eines Fernverkehrs-zuges auf dem Innsbrucker Westbahnhof wurde ein Wagen umgeworfen: zwei Frauen kamen ums Leben; drei Frauen und ein Mann erlitten schwere Verletzungen.

+ + +

"Mata Hari" verboten. Die in Holland wohnenden Angehörigen der tanzenenden Spionin Mata Hari haben gegen die Vorführung des Mata Hari-Films mit Greta Garbo eine für ganz Holland gültige gerichtliche Verfügung erwirkt. Das Gericht stellt fest, dass die Tänzerin Mata Hari in dem Film einen Mord an einem russischen General begehe - eine unhistorische Tatsache, die im Widerspruch zu der propagandistischen Ankündigung steht, dass der Mata Hari-Film rein biographisch sei und wirkliche Geschehnisse mit historischer Treue wiedergebe.

+ + +

Caro weiter entlastet. Im Meinungsstreit der Graphologen im Berliner Caro Petschek-Prozess erstattete der vom Gericht bestellte Sachverständige Gerichtschemiker Professor Brüning ein Obergutachten. Der Sachverständige äusserte sich im Sinne der Gutachten der Verteidigung - d.h., dass kein Beweis dafür erbracht ist, dass die dem Gericht vorliegende Photographie der Petschek'schen Mitgift-Quittung über 400 000 Mark die Photographie einer auf Veranlassung von Geheimrat Caro vorgenommenen Fälschung sei. Mit diesem Gutachten dürfte die Wahrscheinlichkeit der Anklagebehauptung, dass Caro mit der Bejahung der Existenz der Mitgift-Quittung einen Meineid geleistet habe, sehr gering geworden sein. Am Donnerstag sollen die Plädoyers beginnen.

+ + +

"Falsch" gefahren. In Duisburg wurden zwölf Angestellte der Strassenbahn-Gesellschaft verhaftet. Sie werden beschuldigt, zum Zwecke privater Bereicherung 2 000 Fahrscheinblocks gedruckt und in Verkehr gebracht zu haben.

+ + +

"Felseneck". Am Montag begann vor dem Schwurgericht beim Landgericht III Berlin die zweite Auflage des Felseneck-Prozesses. Der von der Verteidigung wegen angeblicher Zeugenbeeinflussung ausgeschlossene kommunistische Rechtsanwalt Litten wohnte der Verhandlung im Zuhörerraum bei; gegen seinen Ausschluss hat Litten Beschwerde beim Kammergericht eingelegt. Verhandlungsvorsitzender ist Landgerichtsdirektor Dr. Böhmer; die Anklage wird wieder von Staatsanwaltschaftsrat Dr. Stenig vertreten. Er legt 19 kommunistischen und 6 nationalsozialistischen Angeklagten abermals Totschlag, begangen an dem Kunstmaler Schwarz und an dem Arbeiter Klemke, versuchten Totschlag und schweren Landfriedensbruch zur Last.

+ + +

Richard Skowronnek +. 70jährig verstarb auf Gut Höckenberg (Hinterpommern) Richard Skowronnek, Verfasser zahlreicher vielgelesener Ostpreussen-Romane.

+ + +  
Seltene Not-Demonstration. Auf dem städtischen Wohlfahrtsamt Berlin-Mitte (Blumenstrasse) erschienen am Montag mehrere verheiratete Frauen mit ihren kleinen Kindern. Die Frauen ersuchten den Vorsteher des Wohlfahrtsamts um eine Erhöhung der Unterstützungsbeiträge. Als man lediglich die Prüfung der geäußerten Wünsche zusagte, kam es zu Tumultszenen; sieben Frauen protestierten, indem sie ihre Säuglinge auf dem Wohlfahrtsamt zurückliessen. Die Kinder, Knaben und Mädchen im Alter von 2 bis 5 Jahren, wurden vorläufig, begleitet von zwei Fürsorgerinnen, in ein Waisenhaus gebracht. Ihre Eltern, die die Kinder zur Demonstration zweifellos vorhandenen Elends gebrauchten, sind stark notleidende Mieter eines total verwahrlosten Hauses in der Cöpenickerstrasse; da sie ihre Miete nicht zahlen konnten, schwebt gegen sie seit längerer Zeit ein noch nicht beigelegtes Exmissionsverfahren.

+ + +  
Fleiss. In Tresilico (Calabrien) starb im Alter von 80 Jahren die in ganz Italien bekannte Heiratsvermittlerin Pistori, die in ihrem Leben insgesamt nicht weniger als 10 000 Ehen zustande gebracht hat.

+ + +  
Teures Bellen. Ein Hundebesitzer in Omaha (Nebraska USA) wurde zu einer Schadenersatzzahlung von 4 500 Dollar verurteilt. Der Hund des Verurteilten hatte eine vorübergehende Frau durch sein Gebell derart erschreckt, dass sie zu Boden stürzte, eine Gehirnerschütterung erlitt und gelähmt wurde.

+ + +  
In der Tonne eingemauert. Mehrere New Yorker Gangster finden den von ihnen befehdelten früheren Schmuggler Josef Bloom, einen Freund des jetzt im Zuchthaus sitzenden Al Capone, steckten ihn in eine mit feuchtem Zement ausgefüllte Tonne, nagelten das Fass zu und warfen es ins Meer. Als die Tonne nach mehreren Tagen ans Ufer geschwemmt wurde, musste der steinumkrustete Leichnam mit Hacken ausgeschlagen werden.

+ + +  
Daubmänner. In Berlin wurde der 34 Jahre alte Schwindler Emil Elligkeit, der als angeblicher "Heimkehrer aus französischer Kriegsgefangenschaft" nach Daubmann'schem Muster Unterstützungen zu ergaunern versuchte, verhaftet.

Ebenso wissen amerikanische Blätter von einem falschen Kriegsheimkehrer zu berichten: es ist der in Nordcarolina aufgetauchte angebliche Fliegeroffizier Campbell, der vorgibt, im Weltkrieg abgeschossen zu sein und seine Gefangenenszeit in Düsseldorf verbracht zu haben. Campbell will infolge seiner Verletzung das Gedächtnis verloren haben. Der in Karlsruhe lebende frühere deutsche Fliegerschütze Karl Ritscherle tritt indes als Zeuge für den Tod des echten Campbell auf: er gibt an, das Campbell'sche Flugzeug S 4245 am 1. Oktober 1917 vormittags 11,40 Uhr über Urcel am Chemin des Dames abgeschossen und später das Grab seines Opfers gesehen zu haben; auch andere Augenzeugen berichten, dass Campbell durch schwere Kopf- und Halsschüsse getötet worden sei.

+ + +  
"Schweden - erwache!" Bei der zehnten Stockholmer Aufführung des Negerstückes "Gottes grüne Wiese" von dem irischen Autor Connelly warfen mehrere junge Leute faule Äpfel, verdorbene Tomaten, Stinkbomben und Steine auf die Bühne. Ins Parkett flatterten Flugblätter mit folgendem Text: "Schweden erwache zum Protest gegen das System, das solche Religionschmähungen duldet!... Die anwesenden Nationalsozialisten."

-----

## Autonome Kontingente.

Die Grüne Front kommentiert die Paderborner Rede des Reichskanzlers.

SPD. In seiner Paderborner Rede hat der Reichskanzler von Papen ausgeführt, dass Deutschland seine Auslandsschulden im Betrage von 20 Milliarden Mark nur dann zahlen könne, wenn das Ausland deutsche Waren hereinlässt. Auf der kommenden Wirtschaftskonferenz werde Deutschland dahin wirken, "dass sich in den Gläubigerländern die Erkenntnis immer mehr durchringt: der Schuldner kann seine Verbindlichkeiten nur durch Zahlung in Waren erfüllen". Damit rennt der Reichskanzler von Papen offene Türen ein; denn dass man Auslandsschulden zuguterletzt nur durch Waren bezahlen kann, ist etwas, was ein Student der Nationalökonomie im ersten Semester wissen sollte.

Abgesehen von der Wirkung solcher Erörterungen von Mitgliedern der deutschen Regierung auf das Vertrauen der internationalen Finanz zur deutschen Wirtschaft, das die deutsche Wirtschaft unbedingt nötig hat, wenn sie aus der Krise heraus will, haben wir uns mit den eigentümlichen Methoden des Reichskanzlers zu beschäftigen, den deutschen Aussenhandel zu steigern. Die deutsche Regierung will, wenn man die Worte des Reichskanzlers ernst nimmt, den deutschen Warenexport fördern. Wenn sie aber im Rahmen der Kontingentierungspolitik die besten Kunden Deutschlands in der Welt verärgert, sodass diese in England und nicht mehr in Deutschland kaufen, scheint uns das nicht der rechte Weg zu sein, zu einer Exportsteigerung zu kommen.

Oder bereitet der Kanzler eine Wendung in der Kontingentierungspolitik noch vor den Wahlen vor? Auffälligerweise verbreitet die Grüne Front, vertreten durch die Agrarfürher Brandes, Kalckreuth, Hermes und Fehr, ein Telegramm an den Kanzler, in dem die "sofortige Einstellung der Kontingentierungsverhandlungen" gefordert wird. Die Grüne Front verlangt autonome Kontingente. Sie will also auf den Standpunkt zurück, den der Reichsernährungsminister Freiherr von Braun, gegen Wissen und gegen Beschluss des Reichskabinetts, in seiner Münchener Rede - Brauns Husarenritt! - eingenommen hat. Im Reichslandbund, der in letzter Zeit reichlich viel Phrasen produziert und der leider in der Grünen Front führend ist, scheint man sich die Verwirklichung der Forderung nach autonomen Kontingenten leicht vorzustellen. Man spricht davon, dass man zunächst die autonomen Kontingente einführen soll. Hinterher könnte man immer noch etwas in den Verhandlungen "abhandeln" lassen.

Sagt der Reichslandbund, Das Schicksal der unglücklichen Tomatenkommission müsste uns bewiesen haben, dass die Dinge, falls Deutschland autonome Kontingente einführen wird, wesentlich anders verliefen. Die Italiener haben ohne Zweifel im Einverständnis mit den Tschechen, Holländern und den skandinavischen Ländern, erklärt, dass sie angesichts autonomer Kontingente unverzüglich mit entsprechenden Massnahmen gegen die deutsche Industriewareneinfuhr antworten werden. Das bedeutet Handelskrieg Deutschlands mit seinen besten Kunden, mit der ganzen Welt. In diesem Handelskrieg würde Deutschland, um 3 bis 400 Millionen Mark Einfuhr abzusperrn, für das erste Jahr auf rund 4 000 Millionen Ausfuhr verzichten und rund 1 500 Millionen Mark direkt verlieren, während sich die Engländer des deutschen Exportmarktes, von dem 10 Millionen Menschen leben, bemächtigen.

Wir fragen: Will der Reichskanzler wirklich auf die unsinnige Linie des Vorstandes des Reichslandbundes einschwenken, von demselbst Anhänger des Reichslandbundes sagen, dass er aus Trotteln, Demagogen und Phrasendreschern besteht?

SPD. Die mit Industriegeldern hochgepöppelten Nazis legten der deutsche Industrie ein schlimmes Kuckukseil ins Nest, die Idee von der Autarkie. Die grossagrарischen Organisationen haben mit der Zeit im Kampf und in der Agitation gegen die Nazis aus der nationalsozialistischen Autarkieidee das Kontingentierungsprogramm entwickelt, das seit Wochen wie ein Schwert über der deutschen Exportindustrie und über der gesamten deutschen Wirtschaft hängt. Die deutsche Industrie muss in unzähligen Kundgebungen und Veröffentlichungen gegen das Phantasieprodukt einer Partei protestieren, die sie selbst grossgezogen hat. Sie muss es erleben, dass sie jetzt eine Regierung stützt und für sie werben muss, die wiederum, in Rücksicht auf die Agrarier, den absurden Gedanken der Kontingentierungspolitik vertritt. Das tat der Reichskanzler von Papen am Sonntag in seiner Paderborner Rede.

Man muss allerdings sagen, schlimmer ist die Kontingentierungspolitik noch nie verteidigt worden. Papen berief sich darauf, dass der Erlös unserer bäuerlichen Wirtschaft aus dem Verkauf von Vieh- und Milchprodukten und Eiern im Laufe von drei Jahren um nicht weniger als 2 Milliarden Mark zurückgegangen ist. Papen verschwieg aber, dass der Verlust nicht auf vermehrter Einfuhr beruht. Er verschwieg, dass Deutschland z.B. seinen Viehbedarf so gut wie völlig deckt. Er verschwieg weiter, dass die Zollschraube bereits soweit ange-dreht ist, dass Vieh überhaupt nicht mehr nach Deutschland kommen kann. Er verschwieg vor allem, dass der Einnahmeausfall der deutschen Landwirtschaft auf die Kaufkraftverringering der industriellen Bevölkerung, auf die Drosselung der Unterstützungssätze, auf Lohn- und Gehaltsabbau zurückgeführt werden muss.

Wenn sich in der von Papen angenommenen Zeit die Einnahmen der Arbeiterschaft um 8 Milliarden Mark verringerten, dann ist es ganz selbstverständlich, dass die Einnahmen der Landwirtschaft sinken müssen; denn der Landwirt kann schliesslich nur an den Arbeiter verkaufen und der Arbeiter kann nur zahlen, wenn er entsprechendes Einkommen hat.

Aehnlich liegen die Dinge bei der Einfuhr selbst. Dafür zwei Beispiele, die wir der agrarischen Zeitschrift "Die Ernährungswirtschaft" entnehmen:

Ein in Berlin geschlachtetes dänisches Rind erbrachte.....	243,87 #	Ein in Lübeck geschlachtetes u.nach Essen exportiertes Rind erbrachte.....	289,-- #
Zoll-u.sonstige Unkosten er= forderten.....	229,42 #	Zoll-u.sonstige Unkosten erforderten.....	214,25
Der dänische Verkäufer er= hielt.....	14,45 #	Davon waren allein Zoll	122,50.

Im zweiten Beispiel erforderte der Zoll allein 74 % des Wertes. Im ersten Fall erhielt der Verkäufer noch nicht 15 Mark für ein ausgewachsenes Rind. Er hätte besser getan, er hätte das Rind nicht nach Deutschland exportiert, das Fleisch den Hunden vorgeworfen und die Haut an einen dänischen Gerber verkauft. Wir zeigen dadurch nur, welchen Zollschutz die deutschen Agrarpreise geniessen und dass dieser Zollschutz so hoch ist, dass fremdes Vieh so gut wie überhaupt nicht mehr nach Deutschland reinkommt. Im übrigen weisen wir, wie bereits oben gesagt, darauf, dass Deutschland seinen Viehbedarf fast völlig decken kann. Eine Erholung der sicherlich tief liegenden Viehpreise kann nicht durch Kontingentierung erreicht werden, sondern nur durch eine bessere Bezahlung der Arbeiterschaft. Das sollte auch der dümmste Bauer

Bauer begreifen.

Weiter will Papen die Kontingentierung damit rechtfertigen, dass die Schmalzeinfuhr im ersten Halbjahr 1932 fast um die Hälfte gegenüber derselben Zeit des Vorjahres gestiegen ist, während sich die Einfuhr von Speck sogar verdoppelt hat. Das stimmt in etwa, hat aber nichts mit dem Schutz der deutschen Landwirtschaft zu tun, wohl aber sehr viel mit der Kaufkraft der Bevölkerung. In dem Masse, wie die Kaufkraft durch Lohnraub und Lohnreduktion gedrosselt wurde, musste sich die industrielle Bevölkerung mit billigen, schlechten Fetten behelfen. Nach der Statistik des Konsum- und Sparvereins Dortmund-Hamm betrug der Verkauf von

	<u>1930/31</u>	<u>1931/32</u>
Oel, der billigste Artikel an Fettwaren	545 234 Ltr.	569 264 Ltr.
billiges Pflanzenfett	98 729 pro Pfd.	114 647 pro Pfd.
Molkereibutter	240 229 " "	175 258 " "

Dieses Beispiel aus der Praxis - und nur die Praxis kann hier entscheiden - zeigt, dass die Bevölkerung, eben weil sie nicht über die notwendigen Mittel verfügt, das teure, bessere Fett entbehren und sich mit dem billigen, schlechten Fett behelfen muss. So erklärt sich der Verzicht auf den Butterkonsum und der grössere Bedarf an Schmalz und Fett. Nun musste aber Deutschland gerade im ersten Halbjahr 1932, das der Reichskanzler für seine Beweisführung herausgreift, die Schlachtungen stark abbremsen. Auf den deutschen Schweinemärkten wurden aufgetrieben.

<u>1931</u>	<u>1932</u>
(immer die Zeit von März bis August)	
10,5 Mill. Schweine	9,6 Mill.

Man kann danach schliessen, dass sich die Schweineschlachtungen in der vom Reichskanzler angezogenen Zeit um 9 bis 10 % verringert haben. Allein von März bis August 1932 sind in Deutschland 900 000 Schweine weniger geschlachtet worden. Der infolge sinkender Kaufkraft steigende Bedarf an billigeren Fetten, an Schmalz und Speck konnte in Deutschland nicht befriedigt werden. Die Bevölkerung sah sich auf ausländischer Schmalz und ausländischen Speck verwiesen, weil der Bedarf im Lande nicht gedeckt werden konnte. Deshalb die Einfuhrsteigerung.

So liegen die Dinge, Herr Reichskanzler. Man kann unmöglich die Armut einer Bevölkerung anführen, um Massnahmen zu rechtfertigen, die die Armut der Bevölkerung noch steigern müssen.

SPD. Der Hauptverband deutscher Baugenossenschaften und Gesellschaften e.V. nahm in einer Tagung, an der sich die Vertreter von über 3 000 gemeinnützigen deutschen Bauvereinigungen mit mehr als 400 000 Einzelmitgliedern beteiligten, eine Entschliessung an, in der auf die steigenden Mietrückstände und Mietausfälle, auf die steigende Zahl der Kündigungen und der leerstehenden Wohnungen hingewiesen wird. Die an sich gesunden gemeinnützigen Bauunternehmen könnten z.T. ihren Verpflichtungen nicht nachkommen. Notwendig sei eine Entlastung der Wohnungsunternehmen, damit diese die Miete herabsetzen und die Rentabilität der Unternehmungen wieder herstellen können. In diesem Zusammenhang wird eine freiwillige und individuelle Zinsermässigung angeregt, bei gleichzeitiger Umschuldung überteuerter Neubauten in Form einer Umwandlung der hochverzinslichen Hypotheken in niedriger Zinsen für erststellige Hypotheken auszusetzen. Die vom Wohnungsunternehmen zu tragenden Steuern und öffentlichen Abgaben seien weitgehend zu ermässigen. Für den überschuldeten Hausbesitz sollen Sanierungsverhandlungen unter Einschaltung von Spruchstellen eingeleitet werden. Gegen Verschleuderungen von Hausbesitz müsse durch Ausbau des Vollstreckungsschutzes Vorsorge getragen werden.

SPD. Der Reichsbund Deutscher Mieter Landesverband Preussen hat an die preussische Staatsregierung die dringende Forderung gerichtet, bei der Reichsregierung für eine beschleunigte Senkung der Mieten in Neu- und Altbauten und für Wohn- und Geschäftsräume einzutreten. Die Forderung wird damit begründet, dass die Mieten weit über Vorkriegssätzen liegen, während die Einkommen, überwiegend infolge der Bestimmungen der Notgesetzgebung, weit unter die Vorkriegssätze gesunken sind. Weiter wird gefordert, dass die Tag für Tag sich häufenden Exmissionen notleidender Mieter durch rechtzeitiges und ausreichendes Eingreifen der Wohlfahrtsbehörden überall dort verhindert werden, wo die Mieter schuldlos in Mietrückstand geraten sind. Die Wollstreckungsbehörde soll erst dann in Tätigkeit treten, wenn eine schriftliche Nachricht der Wohlfahrtsbehörde über das Mass ihres Eingreifens vorliegt. Weiter stellt der Reichsbund fest, dass die Lockerung des Mieterschutzes, offenbar aus rein politischen Gesichtspunkten heraus, weit über das wirtschaftlich und sozial gerechtfertigte Mass hinaus gegangen ist. Es ist unumgänglich notwendig, dass der Mieterschutz wieder verstärkt wird.

Sehr interessant ist der Hinweis des Reichsbundes darauf, dass das bis zum 1. Juli 1932 in Geltung gewesene System der Stundung und der Erlassung der Hauszinssteuer für hilfebedürftige Mieter durch die Einführung der Bedürftigkeitsprüfung unter Anwendung der Sätze der Wohlfahrtsfürsorge erheblich verschlechtert worden ist. Die vom Papenschen Reichskommissar erlassene Verordnung vom 29. August 1932 hat zwar den Mietern das Recht des Abzuges der gestundeten Beträge von der Miete zurückgegeben. Diese Verordnung hat aber den Mietern keinerlei finanzielle Erleichterung gebracht. Der Reichsbund fördert deshalb die Wiederherstellung der früheren Bestimmungen.

Die Wähler müssen am 6. November für die Sozialdemokratie eintreten, damit sich die Forderungen des Reichsbundes erfüllen. Die Mieter wählen am 6. November sozialdemokratisch.

SPD. Ueber die deutsch-italienischen Devisenverhandlungen sind von den beiden Regierungen mehrere Verlautbarungen veröffentlicht worden, nach denen eine völlige Einigung erzielt worden ist. Die Sondervorschriften, zu denen Italien und Deutschland gegriffen haben, nachdem Deutschland das bestehende Devisenabkommen zum 1. Oktober 1932 kündigte, werden aufgehoben. Für die Bezahlung der Einfuhrwaren gelten die allgemeinen Vorschriften, mit der Sonderbestimmung, dass sich die Ein- und Ausfuhr zwischen den beiden Ländern in ihrem früheren Verhältnis nicht verändern dürfen. (Schwedenklausel)

Tatsächlich ist durch diese Einigung nichts wesentliches erreicht. Die Schwedenklausel bezieht sich auf das Verhältnis der Ein- und Ausfuhr, nicht auf die absolute Höhe. Man fragt sich, weshalb Deutschland eigentlich das frühere Devisenabkommen gekündigt hat.

Die Bestimmungen über die Ein- und Ausfuhr beweisen auch, dass die Kontingentierungsverhandlungen mit Italien vollständig gescheitert sind. Durch die Festlegung des Einfuhrverhältnisses unterstreicht Italien seine Ablehnung der deutschen Kontingente.

SPD. Die Dampfschiffahrtsgesellschaft Stern, die in den Berliner und Potsdamer Gewässern besonders den Personenverkehr während der Sommermonate vermittelt, ist in Zahlungsschwierigkeiten geraten. Infolge des starken Lohn- und Gehaltabbaus hat sich die Passagierzahl bei der Sternfahrt im verflorbenen Sommer ganz erheblich vermindert. Auch scheinen die leitenden Männer nicht immer eine glückliche Hand gehabt zu haben. Die Sternfahrt wurde z. B.

vor Jahren wegen ihrer Antipathie gegen die republikanische Flagge sehr viel genannt. Das hat grössere Bevölkerungsteile gerade nicht ermuntert, die Stern=dampfer zu benutzen.

Die Teltowkanal A.G., die früher in Betriebsgemeinschaft zu der Stern=Gesellschaft stand, wird von dem finanziellen Zusammenbruch nicht betroffen.

-----  
**Mehlmarkt weiter schwach.**  
 -----

(Berliner Getreidebörse vom 17. Okt.)

SPD. Auch am Montag lag der Mehlmarkt durchaus schwach, bei unveränderten Forderungen der Mühlen. Da sich auch die Exportaussichten verschlechtert haben, konnte sich kein grösseres Geschäft entwickeln. Allerdings hielt sich das Angebot in Grenzen. So konnte sich am Promptmarkt der Weizenpreis um 1 Mark erhöhen. Sonst traten keine wesentlichen Veränderungen ein.

	<u>15.10.</u>	<u>17.10.</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	199 - 201	200 - 201
Roggen	157 - 159	157 - 159
Braugerste	175 - 185	175 - 185
Futter- und Industrierogste	167 - 174	167 - 174
Hafer	135 - 139	134 - 139
Weizenmehl	25,00 - 28,50	25,00 - 28,50
Roggenmehl	20,30 - 22,80	20,30 - 22,80
Weizenkleie	9,40 - 9,75	9,40 - 9,75
Roggenkleie	8,40 - 8,80	8,40 - 8,80
<u>Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte:</u>	Weizen Oktober 214 $\frac{1}{2}$	(Vortag 214 $\frac{1}{2}$ )
214), Dezember 213 $\frac{1}{2}$ (213 $\frac{1}{2}$ ), März 216 $\frac{1}{2}$ (217);	Roggen Oktober 166 $\frac{1}{2}$	(166 $\frac{1}{2}$ ), De=
zember 166 $\frac{1}{2}$ (166 $\frac{1}{2}$ ), März 169 $\frac{1}{2}$ - 169 $\frac{1}{2}$ (169 $\frac{1}{2}$ ).		

-----  
**Amtliche Eiernotierungen.**  
 -----

SPD. Preisnotierungen für Eier. (Festgestellt von der amtlichen Berliner Eiernotierungskommission am 17. Oktober). A. Deutsche Eier: Trinkeier (vollfr. gestempelte) über 65 g 13,50, über 60 gr 12,50, über 53 g 12, über 48 gr 10,75, aussortierte kleine und Schmutzeier 8,50. B. Auslandseier: Dänen und Schweden 18er 10,25, 17er 9,75, 15 $\frac{1}{2}$ -16er 9,50, Bulgaren 7,50-7,75, Rumänen 7,50-7,65, Ungarn und Jugoslawen 7,50-8, Russen normale 7,50-7,75, kleine, Mittel- und Schmutzeier 6,50. C. In- und ausländische Kühlhauseier: grosse 7,50, normale 7. D. Kalkeier: Grosse 7,25. Die Preise verstehen sich in Reichspfennig je Stück im Verkehr zwischen Ladungsbeziehern und Eiergrosshändlern ab Waggon oder Lager Berlin nach Berliner Usancen. Witterung: Regnerisch. Tendenz: Fest; deutsche Ware mangelt.

# Die sozialistische Frau

F R A U E N B E I L A G E D E S S P D

Nr. 80.

Berlin, den 17. Oktober 1932.

Auf zur Reichstagswahl!<sup>X</sup>  
-----

SPD. "Einigkeit! Aktivität! Disziplin!" Mit dieser eindringlichen Mahnung ruft die Eiserne Front Männer und Frauen geschlossen zur Reichstagswahl auf. Am 6. November wird die Entscheidung darüber fallen, wie das deutsche Volk über den Faschismus denkt, welcher Partei, welcher Weltanschauung, welcher politischen Führung es sein Vertrauen schenken will.

Dass die nationalsozialistische Welle erheblich abebbt, das zeigen die Gemeindewahlen in den verschiedensten Orten. Ein Rückgang von 50 und 60 Prozent das ist das klägliche Durchschnittsergebnis. Aber damit können wir uns nicht zufrieden geben, denn immer noch gibt es ungezählte Gläubige, die vertrauensvoll auf das Dritte Reich hoffen, auch wenn es noch so nebelhaft und verschwommen auftaucht. Immer noch gibt es leider auch Tausende und Abertausende von Frauen und Mädchen, die vom Faschismus eine Besserung der heutigen Wirtschaftslage erwarten. Ihnen gilt es, an Beispielen nicht der Theorie, sondern der unmittelbaren Wirklichkeit zu zeigen, wie der Nationalsozialismus in Wahrheit aussieht.

Alle braven, harmlosen Nationalsozialistinnen schwören auf ihre männlichen und weiblichen Führer, die angeblich dem deutschen Volke mit gutem Beispiel vorangehen und in der Praxis zeigen, was es heißt, gleichzeitig national und obendrein auch noch "sozial" zu sein. Eine solche Leuchte scheint unter vielen anderen die Besitzerin des Rittergutes Waltersdorf in Schlesien zu sein. Nach einer beglaubigten Mitteilung des Deutschen Landarbeiterverbandes verfügte die hohe Dame die zwangsweise Exmittierung von drei Landarbeiterfamilien. Sie ging dabei sehr schneidig vor und beauftragte den achtzehnjährigen Gutsinspektor, einen begeisterten Nationalsozialisten, die Räumung durchzuführen. Die Familien waren in Verzweiflung. Sie wussten nicht, wo sie mit Frauen und Kindern unterkommen sollten, sandten der Rittergutsbesitzerin die Miete für ihre Wohnungen und hofften nun, bleiben zu dürfen. Diese Hoffnung war um so berechtigter, als die Familienväter viele Jahre, der eine nicht weniger als 34 Jahre, auf dem Gute beschäftigt gewesen waren. Aber sie hatten sich schwer getäuscht. Der Gerichtsvollzieher erschien. Die Familien, die sich keinen Rat mehr wussten, weigerten sich, die Wohnungen zu verlassen, und wiesen darauf hin, dass die Miete doch bereits bezahlt sei. Die Rittergutsbesitzerin aber und ebenso der hoffnungsvolle achtzehnjährige Inspektor schienen in diesem Augenblick ihren National"sozialismus" völlig vergessen zu haben. Der junge Mann, der seiner Herrin an Schneid nicht nachstehen wollte, sammelte ein paar ebenso schneidige Pgs., und dann ging man zum Sturmangriff vor! Betten, Schränke, Stühle, Tische - alles flog im Handumdrehen auf die Straße. Die kleineren Haushaltsgegenstände, Glas, Geschirr und dergleichen wurden in die Bettlaken "verpackt". Umso schöner, dass sie klirrend in Trümmer gingen. Endlich griff der Gemeindevorstand ein. Die schneidige Nationalsozialistin wurde durch einen Oberlandjäger gezwungen, die Schlüssel der Wohnungen herauszugeben und die Familien wieder in die Wohnungen einzuziehen zu lassen.

Dieses Verhalten steht jedoch keineswegs vereinzelt da. Es deckt sich völlig mit den bereits vor Wochen bekannt gewordenen Ereignissen. Das nationalsozialistische Programm erzählt zwar den Frauen alles, was sie hören wollen, über den "Schutz", den die Nazis angeblich gerade den Familien und den Müttern

angedeihen lassen. Dieser Schutz scheint darin zu bestehen, dass man Familien obdachlos macht und ihnen das bisschen Lebensunterhalt, über das sie heute noch verfügen, völlig entzieht.

Vielleicht wird man einwenden, dass so etwas doch "bloss auf dem Lande" möglich sei. In den Städten hielten es die Nazis nach dem schönen, sprichwörtlich gewordenen Ausspruch des famosen Herrn Goebbels bestimmt nicht mit den "feinen Leuten", sondern mit der Arbeiterschaft. Ganz besonders aber hätten die Frauen der Arbeiter allen Grund, sich auf den deutschen Faschismus zu freuen. Denn für Mutter und Kind sei den Nazis das Beste gerade gut genug. Was "Unterstützungen", "Wöchnerinnenhilfe", "Fürsorge"! Das seien doch nur Bettelpfennige! Im Dritten Reiche gäbe es etwas ganz anderes! Wie dieses "Andre" aussieht, und was die Frauen und Mütter von der nationalsozialistischen Sozialpolitik zu erwarten haben, zeigt der klare und eindeutige Ausspruch des Nazi-Führers Adolf Wagner, der auf dem Marsfeld in München unter grossem Beifall seiner Freunde wörtlich erklärte: "Die soziale Gesetzgebung ist eine der grössten räuberischen Erpressungen an den Besitzenden." Das hört sich schon ganz anders an als das Geschrei von den "feinen Leuten". Dabei steht ein solcher klaffender Widerspruch nicht allein in der Nazi-Partei da. Es ist genau das Gleiche, wenn im "Königin Luise-Bund" den jungen Angestellten und Fabrikarbeiterinnen, die sich verleiten lassen, eine dieser angeblich so "sozialen" Versammlungen zubesuchen, erzählt wird, wie die Arbeiterinnen in Italien den vollen Schutz der faschistischen "Gewerkschaften" gegen die Unternehmer genossen und wenn am gleichen Abend der nationalsozialistische Landtagsabgeordnete Papebrock erklärt, dass die Gewerkschaften mit Stumpf und Stiel ausgerottet würden wenn die Nazis zur Macht kämen.

Für die sozialistische Frau, die im Militärstaate gegen den Wahnsinn der Rüstungen und des Krieges, im kapitalistischen Staate gegen Unterdrückung und Ausbeutung, für Freiheit und Menschlichkeit ihre Stimme erhob, war der Nationalsozialismus von Anfang an leicht zu durchschauen. Die Faust, die sich hinter den schönen Phrasen emporreckte und gerade die wirtschaftlich und sozial Schwächsten bedrohte, war zu deutlich zu erkennen. Aber nach allem, was wir jetzt um uns her erleben, will es scheinen, dass diese Faust, das Sinnbild roher Gewalt, langsam auch den Frauen und Mädchen erkennbar wird, die das Nazi-Programm und seine Helden bis jetzt mit rosenroter Brille anzuschauen gewohnt waren. Mögen auch diese Veröffentlichungen, die nur beglaubigte Tatsachen und Aussagen namhafter Führer des Nationalsozialismus mitteilen, dazu beitragen, die letzten Nebelschleier zu zerreißen! Mögen alle deutschen Frauen und Mädchen am 6. November sich freudig zu der Partei bekennen, deren tiefgründige, ernste Kulturarbeit, deren Sorge für alle Hilfsbedürftigen allein den Boden bereiten kann, auf dem Mutter und Kind gedeihen können: der Sozialdemokratie

E.M.

### ----- Die Not der Studentinnen.<sup>x</sup> -----

SPD. Vielfach ist heute noch die Meinung verbreitet, dass die Studentin ein Luxusgeschöpf sei. Wie falsch diese Annahme ist, beweist allein die Tatsache, dass heute mehr als fünfzig Prozent der weiblichen Studierenden sogenannte Werkstudentinnen sind. Dieses an sich sehr schön klingende Wort bedeutet nichts weiter als: doppelte Arbeit leisten müssen! Studieren und zugleich für den Lebensunterhalt sorgen. Gewiss mag es auch unter den Studentinnen Luxusgeschöpfe geben, wie es sie überall gibt. Aber die sind erstens heute sehr in der Minderzahl, und zweitens kann man sie kaum als eigentliche Studentinnen bezeichnen, da sie ja nicht regelrecht studieren, sondern sich nur ein bisschen interessant machen wollen.

Hat es der Werkstudent schon schwer, so trifft das in erhöhtem Masse für

die Werkstudentin zu, da sie rein körperlich oft den Anforderungen des doppelten Berufes nicht gewachsen ist. Die Werkstudenten arbeiten in den Ferien in Büros, Fabriken, Bergwerken usw. Dabei verdienen sie manchmal so viel, dass sie während des Semesters davon leben und sich während dieser Zeit ganz ihrem Studium widmen können. Derartige Arbeiten fallen für die weiblichen Studierenden aus physischen Gründen ganz fort. Ihr Wirkungsfeld ist sehr begrenzt, und was sie mit ihrer Arbeit in den Ferien verdienen können, ist meist so gering, dass es sie gerade in dieser Zeit über Wasser hält. Sie müssen darum auch während des Semesters noch Geld verdienen. Und wie gern wollten sie arbeiten, wenn es nur Arbeit gäbe! Die Werkstudentinnen scheuen keine Arbeit, wenn sie auch sehr uninteressant und wenig befriedigend ist und manche Enttäuschungen mit sich bringt. Danach dürfen sie nicht fragen. Sie suchen Arbeit und nehmen, was sich ihnen bietet, ohne Rücksicht darauf, dass es ihre Zeit kostet und sie ihrer besten Kräfte beraubt. Was sollen sie sonst tun? Das Studium aufgeben, einen andern Beruf ergreifen? Es gibt ja genug Frauenberufe, die kein Studium erfordern. Aber das hiesse ja, alle gesteckten Ziele fallen lassen, auf alles verzichten, was man erstrebt hat; denn schliesslich studiert man doch in der Hoffnung, auf das Studium später einen Beruf gründen zu können der einem Befriedigung und Freude bringt. Den meisten Studentinnen droht diese Entscheidung. Auf einmal bleibt das Geld von zu Hause aus, was ja in den schlechten Zeiten, wie wir sie heute haben, leicht vorkommen kann. Oft stehen sie dann schon kurz vor dem Examen, sind der Erfüllung ihrer Wünsche ganz nahe gerückt, sodass man durchaus verstehen kann, dass sie alles dafür einsetzen, nun auch zu Ende zu kommen.

Welche Möglichkeiten des Geldverdienens gibt es nun für die Studentinnen? Es sind nicht viele, erst recht nicht in der heutigen Zeit. Die Nachfrage nach Erwerb auf der Arbeitsvermittlungstelle der Universität beträgt etwa das Dreissig- bis Vierzigfache der zur Verfügung stehenden Stellen. Die Studentin kann z.B. zurückgebliebenen Schülern Nachhilfeunterricht erteilen. Zwar bringt diese Tätigkeit nicht viel ein, lässt aber wenigstens Zeit, Morgens in die Kollegs zu gehen, da die Kinder dann in der Schule sind. Ausserdem hat die Werkstudentin manchmal das Glück, dass sie zur Teilnahme am Nachmittagskaffee oder Abendbrot aufgefordert wird. So muss sie sich durchfüttern, wenn sie zum Ziele kommen will. Trotzdem wähnt sie sich glücklich, wenn sie sich auf diese Weise das Geld für ihr Zimmer und die Kollegs verdienen kann. Fürs Essen bleibt da allerdings nicht viel übrig. Aber man ist ja so genügsam, und andern geht es noch schlimmer. Die müssen sich den ganzen Tag einer anstrengenden Beschäftigung widmen und obendrein ihre Nachtruhe dem Studium opfern. Sie kommen kaum zur Ruhe, diese armen Mädels, da sie ja viel mehr pauken müssen als die andern. Haben sie doch keine Zeit, die Kollegs zu besuchen, und müssen allen Wissensstoff allein erarbeiten. Trotzdem klagen sie nicht. Sie beissen die Zähne zusammen und kämpfen sich durch, froh, irgendeine langweilige Beschäftigung zu haben, zwar eine ganz untergeordnete Rolle zu spielen, die ihnen aber, was das Entscheidende ist, hundert Mark im Monat einbringt. Wieder andre freuen sich, dass sie eine Stellung als Kinderfräulein haben bei freier Station und fünfundzwanzig Mark Taschengeld. Was tut's, dass die Kinder ungezogen sind oder sie sich von der Gnädigen alles gefallen lassen müssen? Sie sind ja so glücklich, die notwendigsten Mittel zur Weiterführung ihres Studiums zu haben, wie viele gibt es, denen es noch schlechter geht, die garnichts haben! Die furchtbare Arbeitslosenkrise macht sich naturgemäss auch hier bemerkbar. Darum gibt sich die Studentin auch schon heute damit zufrieden, wenn sie nur einen Posten als einfache Hausangestellte bekommt. Den Tag über arbeitet sie in Haus und Küche, und Nachts, wenn alles schläft, sitzt sie über ihren Büchern und studiert.

Und doch gibt es Menschen, die die Arbeitswut der Studentin für Mache halten. Ein Fräulein Studentin und hungern, das will manchem nicht in den Kopf. Viele glauben, die Studentin sei anspruchsvoll. Gegen alle diese Vorteile hat die arme Werkstudentin hart anzukämpfen. Immerhin findet sie heute bereits

in manchen Berufen durchaus Anerkennung, so z.B. als Stenotypistin in wissenschaftlichen Instituten und als Nachhilfelehrerin. Die Erfolge, die der weibliche Student auf diesen Gebieten erzielt hat, überragen durchaus die ihres männlichen Kommilitonen.

In einem aber stehen sich die Geschlechter durchaus gleich. Viele halten diese doppelten Anforderungen, die das Studium und der Beruf mit sich bringen, gesundheitlich nicht durch, zumal da der Verdienst im allgemeinen so gering ist, dass fürs Essen so gut wie nichts bleibt. Manche bekommen einen gesundheitlichen Knacks. Sie müssen ihre Studienzeit verlängern und den Examenstermin hinausschieben. Zum Glück trifft das nur wenige Ausnahmen. Die meisten Studentinnen haben viel Energie und beissen sich durch, wenn auch so manche von ihnen Tag für Tag in der Studentenhilfe ihren Milchreis mit Zucker und Zimmt löffeln, weil sie sich nichts anderes leisten können. Zum Nachtschiff eine Tasse Kaffee für zehn Pfennig ist bereits ein besonderer Luxus, den man sich nicht jeden Tag erlauben kann. Trotzdem fällt es keiner ein, den Kopf hängen zu lassen. -

So steht es um den weiblichen Studenten. Aber gibt es denn keine Organisationen und Vereine, die da helfen? Ja, es gibt das Studentenwerk, das eine Speisehilfe eingerichtet hat und auch Freitische vermittelt. Manche Studentin lässt sich auch vom Vaterländischen Frauenverein mit Liebesgabenpaketen bedenken. Endlich gibt es auch eine Reihe von Privatpersonen, die helfen. Aber die Not ist viel, viel grösser als alle gebotene Hilfe. Und annehmen fällt auch so schwer. Lieber schindet man sich weiter. Darum geht Fräulein Studentin auf Arbeitssuche.....  
Meta Helen Jacobs.

-----  
Ist es gleich Wahnsinn...<sup>x</sup>  
-----

SPD. Dieser Tage - ich dachte an nichts Böses - kam ein Schutzmann zu mir. Nicht, dass ich Schupos grundsätzlich für etwas Böses halte. Gott bewahre! Sie sind wackere Leute und haben einen schweren Dienst. -

Das Böse war aber, dass er mir erzählte, er käme im Auftrage der Zivilen Luftschutzes. Ich brauche auch gar keine Angst zu haben. Weder aussen- noch innenpolitisch liege dazu der mindeste Anlass vor. Nur - und überhaupt und so... Darum sei es Pflicht eines jeden sorgsamem Hausvaters, seine Angehörigen zu instruieren und im Falle eines Falles gleich mit ihnen in den Keller zu laufen, - Mir verschlug's den Atem. Ich wollte noch etwas fragen. Bis ich mich aber von meiner Bestürzung erholt hatte, war der Schupo heidi! Freilich er musste ja noch zum Nachbar und Nachbar und Nachbar -

Aber nun lese ich in der Zeitung, dass die Sache doch mehr ist als ein Kinderschreck. Schrecklich und beunruhigend auch für grosse Kinder. Sammelkeller. - Gas- und splittersichere Keller, Gasmasken und Schutzgeräte.

Das sieht ja ernst aus. Und da hätte ich denn einige Fragen: Wie denkt man sich das alles? Zum Beispiel gas- und splittersichere Keller? Will man die ganze Stadt umbauen? Vor allem aber die Kartenhäuser in den Peripheriesiedlungen? Oder will man durch die ganze Stadt Sammelkeller anlegen und die Armen, die aus einiger Entfernung hinlaufen müssen, der Gefahr aussetzen, unterwegs getroffen zu werden oder einem Herzschlage zu erliegen? Und wie will man die Säuglinge, die Kranken, die Alten hinbringen?

Das Gleiche gilt für die Gasmaskerade. Also die aktive Bevölkerung soll Gasmasken bekommen. Woran ist die aktive Bevölkerung zu erkennen? Abzeichnen? Alter? (mit oder ohne Geburtsurkunde?) Längenmass? Beruf? Und wie soll sie mit den Gasmasken zurechtkommen? Die müssen doch genau verpasst werden, wenn sie nützen sollen! Will man die Bevölkerung in geschlossenen Formationen antreten lassen und ihnen Gasmaskenschutzunterricht erteilen? Und wiederum

die Säuglinge? Die schwerfälligen Alten, die Kranken? Furchtsame oder hysterische Frauen?

Ein schwieriges Problem.

Aber endlich das Ausschlaggebende: Was kostet's, und wer bezahlt's? Ich habe gehört, wir hätten Not in Deutschland. Millionen hätten nichts zu essen. Vielleicht kommt jemand meiner Unwissenheit (ihr könnt's, wenn ihr wollt, auch Dummheit nennen) zu Hilfe und gibt Antwort.

Henner.

-----  
Geschnitzte SA-Männchen.<sup>x</sup>  
-----

SPD. Es ist hochinteressant, die bescheidenen Erzgebirgler im Gebiete rund um den Schwartenberg zu studieren. In Seiffen, Heidelberg bis hinauf zur tschechischen Grenze bei Böhmisches-Einsiedel und Katharinenberg sitzen die schlichten Menschen in ihren niedrigen Stuben bei einer Heimindustrie, der Spielwarenherstellung, die besonders unter den autarkischen Wünschen Englands leidet. Dafür kennen die Figureschnitzer zur Zeit "noch" eine Hochkonjunktur in lackierten SA-Männchen und ähnlichem geschmücktem politischem Firlefanz, ohne den die Firma Braunau G.m.b.H. nicht bestehen kann. Die Vertriebsunternehmer, selbst zum grössten Teile nazistisch erkrankt, wünschen die Holzmännlein grosweise und machen ein ausgezeichnetes Geschäft damit. Die Heimarbeiter kennen seit Jahrzehnten nur ihr kärgliches Dasein. Von Generation zu Generation vererbt sich ein und derselbe Zweig der Spielwarenherstellung in den kinderreichen Familien. So besuchte ich u.a. eine Familie ganz droben im ersten Hause von Deutsch-Neudorf, die schon so lange, wie das kleine Häuschen steht, Rodelschlitten schnitzt und leimt. Schlitten von 35 cm Länge, die der Unternehmer an Schokoladenfabriken liefert. Für ein Dutzend solcher Dinger bekommt der Heimarbeiter 4,20 RM. Da müssen Frau und Kinder mithelfen. Ausserdem drängt die kleine Häuslerwirtschaft auf Versorgung. Der Zehnjährige muss bei der einzigen Kuh auf der Waldwiese bleiben. Die fünfzehnjährige Tochter sammelt Reisig. Die Frau kratzt das Grunt aus dem Weggraben. Der Mann bastelt an einem Auftrage Rodelschlitten, der in kurzer Zeit ausgeführt sein muss. Bei dieser stillen und emsigen Schnitz-, Leim-, Anstreich- und Lackierarbeit findet der hemdärmelige Erzgebirgler Musse, sich mit mir zu unterhalten... von der Dürftigkeit des Lebens hier oben, von der Herbheit des Gebirges und von den vielen Familiensorgen. Selbstverständlich ist auch von der - Politik die Rede. Wenn wir zu diesem Punkte etwas Erfreuliches feststellen, so wollen wir dies in ein Hoffnung kristallisieren, die sich anscheinend bald realisiert: Wir sind auf dem Rückwege zu einem roten Sachsen! Die Bevölkerung im Spielwarengebiete des Erzgebirges ist - das soll kein Vorwurf für diese in äusserster Not lebenden Menschen sein - etliche Male in den letzten Jahren auf Hitler hereingefallen. Das hat nun ein Ende. Hier werden die Nazi-Verluste nicht gering sein. Gern erinnern sich die Heimarbeiter überall im Angesichte des kahlen Schwartenberges der Jahre, da sich der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Fleissner in eingehender Studienreise um Nöte und Beschwerden dieser auf tiefem Lebensniveau stehenden Bevölkerung gekümmert hat. Aus dem "braunen Palazzo in Minka" ist zu diesem Beginnen noch niemand hier gewesen....

Stolz erzählen der Schlittenschnitzer und unten in Heidelberg ein Holzpferddrechsler und drüben in Seiffen ein Puppenmöbelmacher von der Zeit der Demonstrationen hinter roten Fahnen. Es ist erschütternd und heroisch zugleich, wie diese Leute ihr Los tragen. In Seiffen komme ich gerade zur Mittagszeit in eine Schnitzerstube. Dieses Mannes Metier sind kleine Holzfiguren, Holzsammlerinnen, Beerensucher, Musikanten, alles "acht arzgebargische Leit", sehr originell und zum Teil sogar von gewissem künstlerischem Werte. Die Frau schüttet ganze Erdäpfel auf den Tisch. Daneben häufelt sie ein wenig Salz

(Salzsteuer, wie bist du fühlbar!) und stellt dazu einen Topf "Körnel"-Kaffee. So essen die Leute zu Mittag, weil der Unternehmer, der es in famoser kapitalistischer Brutalität bis zur pompösen Villa gebracht hat, das Schaffen des kleinen Mannes so schlecht entlohnt. Sechs Figuren sind ein Satz. Ein Satz bringt dem Heimarbeiter 40 Pfennige....., und die Bitternis der Leute ist wie ein gewaltsam unterdrückter Vulkan: Papen hat ihnen bei ihrem mehr als bescheidenen Verdienste die Freigrenze für die Umsatzsteuer aufgehoben. Selbst diese armen Heimarbeiter müssen ihre Pfennige Umsatzsteuer zahlen. "Das hat uns Hitler eingebrockt!" ist die letzte Weisheit dieser einfachen Arbeiter. Und der Leierkastenmacher in Heidelberg schimpft berechtigt: "Der Hitler hat uns bestimmt nicht!"

Es ist eine gute Mission, da hinauf zu gehen, zu diesen gemütlichen Leuten, denen kompliziertes Denken fremd ist, und sie aufzuklären, ihnen zu sagen, wo sie das Recht finden, und von ihnen zu hören, dass sie wieder sozialistisch werden wollen. Nicht, weil es der politischen Konjunktur entspricht, sondern, weil sie naturnotwendig rot sein müssen! Zwischendrein fand ich viele zuverlässige Sozialdemokraten, die nie geschwankt haben, die es nie anders gewünscht haben: Der wirkliche Sozialismus bedeutet ihre materielle und geistige Besserstellung!

Wie ein gutes Omen leuchtet mir aus Wandertagen durch das Elend dieser erzgebirgischen Dörfer ein Erlebnis: Ein zweiundachtzigjähriger Heimarbeiter, der noch arbeitet, schmückt, so oft er kann, ein Bild Bebels mit Blumen von der Wiese nebenan. Und er sagt wörtlich: "Ufft frog'n mei Enkel, war dos is! Dann arklarch's ne (erkläre ich's ihnen). August Bebel bleibt, un wann tausend Hitlersch kumm!....."

Johs.

-----  
SPD. Cneruskische Sittlichkeit.<sup>x</sup> In Leipzig habe ich mir einmal ein modernes Theaterstück angesehen. Hinter mir sassen drei Damen und regten sich schrecklich über das Stück auf.

"Das sollndse bollezeilich verhindern!"

"Dass sowas überhaud erlaubd is!"

"Die schämen sich scheinbar nich mal, die Schweine."

Da sie sich selbst während der Aufführung in dieser Weise unterhielten, drehte ich mich herum und bat um Ruhe.

"Was will der?" fragte die eine.

"Mir solln schdille sein, haddr gesaachd," flüsterte eine andere.

"Warum denn? Dem gefälld das wohl? Der had wohl da Geschmagg dran?"

Und dann merkte ich, wie sich die älteste von den dreien vorbeugte und meinen Kopf aus nächster Nähe mit dem Lorgnon betrachtete. Keuchend setzte sie sich dann wieder zurück und verkündete: "Wemmr so äne Schädelform had wie der, da is einem nich mehr zu helfen."

-----  
SPD. Zarte Anlehnung.<sup>x</sup> Ein junges Mädchenging an einem Exerzierplatz vorüber. Plötzlich ertönten Gewehrschüsse. Das junge Mädchen wurde bleich und lehnte sich zart an einen vorübergehenden Herrn. Der Herr hatte nichts dagegen. Er grinste.

"Die Gewehrschüsse", flüsterte die Jungfrau, "haben mich so erschreckt." Der Herr erwiderte freundlich: "Wollen Sie morgen Nachmittag mit mir mal ausgehen? Da werden Kanonen abgeschossen."

-----

# Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S.P.D.

Berlin, 17. Oktober 1932.

## Eine Königslaune.

SPD. Fünfzig Jahre ist es her, dass der schwermütige Bayernkönig Ludwig unter dem Namen Saverigny mit dem damals schon höchst berühmten Schauspieler Joseph Kainz in die Schweiz reiste, um an Vierwaldstätter See Schillers "Wilhelm Tell" auf geschichtlichem Boden zu erleben. Hingerissen von der Sprechgewalt und Jugendkraft des Schauspielers, hatte sich der König zu dessen Gönner gemacht, und Kainz ertrug in edler Begeisterung für die Kunst die von Melancholie diktierten Launen seines Fürsten.

Bei dem Schwyzer Buchhändler Benziger fand die kleine Reisegesellschaft ein angenehmes Heim. Doch gleich in der ersten Nacht musste Kainz mit zum Rütli hinauf, wo er, von brennenden Fackeln umgeben, den herrlichen Glanz seiner Stimme an eine raue, windige Nacht verschwenden musste, während der König, todmüde und etwas enttäuscht, sich des Schlafes kaum erwehren konnte.

Bekanntlich hatte Schiller die Schweiz nie gesehen. Für das, was seiner dichterischen Phantasie vorgeschwebt hatte, gab es keine entsprechende Wirklichkeit. Infolgedessen hatten alle Wege andre Abmessungen als im Schauspiel, und niemals wäre eine Darstellung der einzelnen Szenen auf dem geschichtlichen Boden überhaupt zu ermöglichen gewesen. Doch der König wollte die Wirklichkeit des Dramas, und Kainz erhielt den Befehl, den Weg tatsächlich zu durchmessen, den Schiller in der Rütli-Szene beschrieben hat: von Walter Fürsts Haus in Altorf über den Surennenpass nach Engelberg und nächsten Tages von da über den Jochpass nach Melchthal, wo ihn der König erwarten wollte.

Der Förster Aschwanden führte den Künstler, und seiner Erzählung verdanken wir die Kenntnis dieses Vorgangs. In der brennenden Julihitze zwischen flimmernden Schneefeldern trat bei Kainz schon grosse Erschöpfung ein. Die Haut löste sich ihm von den Füßen, die solche Strapazen nicht gewohnt waren, und erst nach zwölfstündigem Marsche kamen sie in Engelberg an. Völlig übermüdet sank Kainz, der den Melchthal spielen sollte, ins Bett, und Aschwanden konnte ihn auch am nächsten Morgen nicht wecken. Als Kainz um elf Uhr endlich wach geworden war, stieg eine gesunde Wut in ihm auf. Er nahm einen Wagen nach Stausstadt und fuhr von dort mit dem Dampfer nach Buochs.

Inzwischen wartete der König in Melchthal und malte sich aus, welche Wirkung die Tatsache ausüben würde, dass ein Mann, der wirklich die vom Dichter angegebene Reise hinter sich hatte, die klassischen Verse sprach. Schliesslich musste man ihm sagen, dass Kainz nach Buochs gefahren wäre, weil es ihm unterwegs schlecht geworden wäre, und sogleich machte sich der König auf den Weg dorthin. Kaum angekommen, wollte er mit Kainz wieder auf den Rütli hinauf; Alphornbläser wurden gemietet, während der nächtlichen Fahrt den Kuhreigen zu spielen, aber in Brunnen wieder abgesetzt, weil auch die Schönheit des Alphorns nur in der Phantasie des Dichters bestanden hatte; in Wirklichkeit klang es abscheulich.

Die Stille der Nachtfahrt wiegte Kainz, der neben dem König vorn auf dem Deck sass, in unwiderstehlichen Schlaf. Sein Kopf sank ihm auf die Brust, und bald hörte der König rasselnde Schnarchtöne. So aus der Stimmung gerissen, wurde der König schlechtesten Laune, liess aber doch nicht von seinem Vorhaben ab, sondern befahl, die Rütli-Szene darzustellen. Wieder wurden die Fackeln entzündet, doch Kainz hatte immer noch nicht ausgeschlafen; er lag,

in eine Decke gewickelt, auf der Wiese und schlief. Der König befahl, Kainz zu wecken, und der Schauspieler sollte nun die Melchthalszene sprechen. Doch Kainz entschuldigte sich, er ruiniere sein Organ, er mache sich für alle Zeiten kaputt, wenn er jetzt spreche, - der König tobte, doch seinen Willen konnte er nun nicht mehr durchsetzen.

Am nächsten Tage wurde die Rückreise befohlen. Von da ab rächte sich der König, indem er Kainz überall für einen Schwerekranken erklärte und dadurch verhinderte, dass Kainz wieder auftreten konnte. Die Folge war der Zusammenbruch des Künstlers, und erst danach entliess ihn der König und kümmerte sich nicht mehr um Kainzens später wieder aufgehenden, unvergleichlichen Stern.

Martin Richard Möbius.

-----  
"Zum blauen Drachen".  
-----

SPD. Man geht durch das Viertel der tausend Laster in Shanghai und durch einen der seltsamen Torwege, Hochgeschweift reckt sich das Dach in die Nacht des Ostens. Im Winde pendelt eine Papierlaterne - und diesem Orte gegenüber schwankt die grosse Laterne mit dem blauen Drachen vor einem geduckten Hause. Es gibt hier, wie ein Anschlag in englischer und französischer Sprache ver-rät, auch die scharfen Mixturen der europäischen Bars, und darum bleibt ein grosser Ecktisch immer den Weissen aus aller Herren Länder reserviert. Sie kommen auch alle, denn Jack Dry, wie der Wirt sich nennt, ist ein Weisser, zu dem der Europäer und Amerikaner Vertrauen hegt, weil sie stammesverwandt sind. Die Chinesen wiederum kommen, weil Jack Dry die reglose Schweigsamkeit des Chinesen besitzt.

Wer die Freundschaft der Mongolen gewonnen hat, der erfährt endlich man-cherlei. Daher weiss ich Jack Drys Geschichte richtig zu erzählen.

Manchmal kann auch ein unbeachteter Schreiber in einem Londoner Anwalts-büro zu einem Vermögen - und dann auf recht seltsame Ideen kommen, um seine verdrängten Sehnsüchte zu erfüllen. Percival Hopkins hatte nach dem Ableben seines Onkels nichts Eiligeres zu tun, als eine Weltreise anzutreten. Rund zehntausend Pfund deponierte er für die Zukunft auf der Bank. Nicht viel weniger nahm er mit.

Auf vieles Bitten brachte ihn ein Seeoffizier ins dunkelste Shanghai. Die beiden Europäer betraten an jenem Abend die Teestube "Zum blauen Drachen". Percival begab sich zu einem diskreten Zweck aus dem Vorraum hinaus. Der Chinese führte ihn in einen finsternen Gang und eilte in die Gaststube zurück, als rechnete er nicht mit der Neugier des europäischen Nichtstuers. Dieser begab sich auf eigene Faust auf einen Streifzug durch das Haus und geriet an eine angelehnte Bambustür, durch deren Spalt ein matter Licht-schein fiel. Dast ganz in Seide schien der Raum gehüllt. In der Mitte auf einem Lager von Bastmatten lag eine zierliche, porzellanhafte Frau, reglos schlafend....

Cheon Ling, der Vater jener Schönen und Inhaber des "Blauen Drachen", war unbedingt Chinese. Als der reiche Engländer Abend für Abend sein beschei-denes Gasthaus beehrte und sogar Vergessen im geheimen Raume des Opiumrau-sches suchte, begriff er sofort.

Percival schob es seinem Glücke zu, als er mitten am Tage unbeobachtet - der Chinese hatte eine grosse Zahl Gäste zu betreuen - abermals in das ge-heimnisvolle Zimmer vordringen konnte und aufs lebenswürdigste von der Chi-nesin empfangen wurde. Sie sass in einem rotseidenen Kimono inmitten vieler

kleiner Musikinstrumente und sang leise ein klagendes Lied. Auf seine Anrede antwortete sie in gebrochenem Englisch, zunächst erschrocken; dann aber zog ein Lächeln über ihr kindliches ovales Gesicht, wie es ihn nie bisher getroffen und bezaubert hatte. In den erschlichenen Minuten des Beisammenseins erfuhr Percival, dass Cheong Ling ungemein streng wäre, seine Tochter nur einem Chinesen zur Frau geben würde und jede ihr angetane Schande mit Blut zu sühnen bereit wäre. Der starke Baum der Fremde, um den sich ihre Sehnsucht hilflos rankte, könnte nur in der Glut des väterlichen Hasses auf alle Weissen verdorren, wenn er sie weiterhin in ihrer Knechtschaft stützen wollte - einen Weg gäbe es vielleicht, aber....

Percival drang in sie. Es dauerte Tage, bis er weiteres erfuhr: Der Vater habe einen Wunsch, der ihm fast so lieb sei wie die Aprikosenblüte (die Tochter) - der Schwiegersohn müsse Chinese sein und das Geschäft weiterführen, während Cheon Ling sich zur Ruhe setze. Nur so würde er, wenn sein grosser Zorn gegen alle Fremdlinge überhaupt zu überwinden sei, einwilligen: wenn Percival chinesischer Staatsbürger würde, das Haus "Zum blauen Drachen" kaufe und als Wirt dort wohnen bliebe. Auch dann dürfte es wohl noch einen harten Kampf kosten... Tränen rannen über die samtweiche Haut ihres Kindergesichts.

Cheon Ling tobte tagelang, als der Engländer um seine Tochter anhielt. Endlich gab er nach - er hatte sich durch einen chinesischen Bankier Auskunft beschafft - unter folgenden Bedingungen: erstens müsse Percival sich naturalisieren lassen, was nur unter hohen Bestechungen und Aufwand allen Einflusses möglich wäre. Hier habe er einen Pass des Matrosen Jack Dry, geboren von einer englischen Dirne in Shanghai. Mit Hilfe dieses Papiers liesse sich die Naturalisierung durchführen. Dann müsse sich Percival verpflichten, das Haus für sein gesamtes Vermögen zu kaufen und als Wirt weiterzuführen. Das Geld falle ihm beim Tode Cheon Lings ja wieder zu. Unter diesen Umständen glaube Cheon Ling seiner Religion gerecht werden zu können.

Drei Tage später gab es keinen Percival Hopkins mehr. Die Bank von England überwies in seinem Auftrage das Geld an einen chinesischen Bankier, und der Matrose Jack Dry liess es sich einige hundert Pfund kosten, chinesischer Untertan zu werden. Nach Verlauf einer weiteren Woche übergab Jack Dry seinem Schwiegervater das restliche Geld und erhielt eine englische Quittung über den Betrag von dreizehntausendvierhundert Pfund als Kaufsumme für die Teestube "Zum blauen Drachen", die mit dem folgenden Tage in seinen Besitz übergehe. In seiner Freude über die bevorstehende Hochzeit vermochte er kaum zu schlafen.

Frühmorgens stand er vor dem "Blauen Drachen", unschlüssig, ob er eintreten sollte. Auf sein Pochen öffnete der stumme Diener Cheon Lings. Der Engländer setzte sich bescheiden in die Gaststube. Beim Eintreten früherer Gäste erinnerte er sich, dass nur er der Wirt sei. Immer noch liessen Vater und Tochter sich nicht blicken. Schliesslich gab Jack Dry dem Diener ein Zeichen, die Gaststube zu überwachen und begab sich selbst ins Innere des Hauses, um seine Braut und seinen Schwiegervater zu suchen.

In allen Räumen lag eine breite Stille. Durch die Papierfenster sickerte die Sonne. - - -

Als er im Zimmer der Aprikosenblüte die Unordnung erblickte und schreiend wie ein Tier in Qual durch die verlassenen Räume raste, wurde ihm plötzlich klar, wie man ihn übertölpelt hatte: Darum also nur eine Quittung für das wertlose Haus, das er mit einem hundertfachen Vermögen bezahlt hatte; darum also die Naturalisierung, damit die englische Regierung nicht nur rechtlos wäre, sondern sich auch von ihm abwenden müsste, wenn er mit gefälschten Papieren ihre Hilfe anrufen wollte - darum durfte ihm nicht ein Schilling bleiben, damit er einfach nicht fort könnte aus diesem Loch, ohne Hungers zu sterben! Abgekartetes Spiel der Porzellanpuppe von Frau! Rechtlos, mit-

tellos - und nur durch seine eigene vertrauensselige Dummheit!

Er schlug in Stücke, was unter seine Hände geriet, warf den Stummen in weitem Bogen auf die Gasse, dass er blutüberströmt - und doch schien es grinsend - davonhinkte, und tobte wie ein Stier. Sein Brüllen klang wie Lachen, sein Lachen wie Brüllen, und spät, als die Sternbilder alles Sehnen der Welt in die Tiefe des Firmaments zogen, als die Gäste vergeblich an der verriegelten Bambustür der Teestube und Opiumhöhle "Zum blauen Drachen" rüttelten, weill man hinter den Papierfenstern ein wimmerndes Weinen gehört haben. - -

Wenn die fest frauenschlanken Hände Jack Drys den Tee reichen, zuckt etwas um seinen Mund. Man weiss nicht, lächelt er über einen Seemannswitz, oder verbirgt sich ein Leid in der fast chinesischen Starrheit seines Gesichtes? ...

Peter Bissig.

### Das Wunder am Bosphorus.

SPD.Sanfte Hügel kränzen das blaue "Schwarze Meer" ein. Ihre Konturen heben sich scharf vom Nachthimmel ab. Wir liegen auf offenem Deck und sehen in die unermessliche sternenglitzernde Weite des Firmaments. Phantastisch hell zieht sich die Milchstrasse über uns hin und unter uns wirbelt das Wasser in der Bewegung der Schiffsschraube. Die Luft ist warm und süss. Wir schlafen... (für unser gutes Geld auf blankem Eisen).

Der Morgen offenbart uns das Wunder am Bosphorus, das Schönheitswunder der Wasserstrasse vom Schwarzen Meer nach Istanbul. Hügel voll südlicher Bäume bilden die Ufer, schroffe gelbe Felsen durchbrechen romantisch das Bild der Landschaftsharmonie, Segelboote im hellsten Sonnenglanz beleben es. Wir sind beinahe am Ziel unsrer Fahrt: dicht vor Konstantinopel. Es währt allerdings noch so lange, dass die Sonne Zeit hat, die angenehme Morgenwärme in die Glut eines subtropischen Vormittags zu steigern. Als wir die Häuser Konstantinopels sehen, tanzt über ihren Dächern der gelbe Schimmer der Hitze. Das alte ausgebrannte Parlament der ehemaligen türkischen Hauptstadt fällt uns zuerst in die Augen. Dann wachsen die Häuser des Fremdenviertels Pera buchstäblich aus dem Boden in das Firmament. Es mutet an, als landeten wir vor einer wild emporgeschossenen nordamerikanischen Grosstadt. Sechs- und siebenstöckig drängen sich die hässlichen Bauten aus dem Hintergrund und zeigen trostlose Brandmauern gegen die Nachbarn. Auf der Halbinsel zwischen Bosphorus und Goldenem Horn ist der Boden ebenso teuer wie der Luftraum billig ist, und das neue Konstantinopel, das Istanbul der Gegenwart, ist rasch gewachsen. Daher die hässliche Regellosigkeit der Stadtanlage. Am linken Ufer aber, das schon Kleinasien heisst, steht Strohdach an Strohdach: Skutari das halbverfallene Eingeborenenviertel der alten Türkenhauptstadt.

Inzwischen sind wir ganz nahe an den Kai gerückt und sehen nun schon nach Galata und nach Stambul, den beiden andern Stadtteilen, die mit Pera zusammen das neue Konstantinopel bilden. Wir sehen die Spitzen der weissen Minarets in den blauen Himmel stechen und sehen die mächtigen Kuppeln der grössten Moscheen von Stambul. Stambul ist türkisch, Galata vorwiegend griechisch und Pera das internationalste Stadtviertel, das Europa kennt. In allen gangbaren Sprachen, kaufmännisch ausgedrückt, schreiben die Insassen der unzähligen Boote zu den Schiffspassagieren hinauf und bieten ihnen den Himmel Allahs in den von ihnen vertretenen Hotels an. Es sind doch vorwiegend Tür-

ken an Bord. Weil man aber nicht wissen kann, so probiert's ein Dienstmann mit dem Schlachtruf: "Deutsches Hotel Stadt Wien". Ihm sind wir ausgeliefert, denn wir haben kein türkisches Geld in der Tasche, müssen aber doch ans Ufer fahren....

Konstantinopel ist ein teures Pflaster für Fremde, und es kostet für bescheidene Verhältnisse einen schönen Batzen Geld, bis man einschliesslich aller Siebensachen an Land ist; in einer deutschen Pension, die unter Wassermangel leidet, sonst aber ganz passabel ist. Wir bezahlen europäische Weltstadtpreise für die Unterkunft einschliesslich des unerhörten Strassenlärms, der auch durch die dichtesten Vorhänge dringt und uns nach dem ruhigen Erleben der vorangegangenen Tage am Schwarzen Meere doppelt empfindlich trifft. Man glaubt hierzulande, dass Lärm die beste Reklame ist, und so klingelt und schpeppert die Unzahl der Strassenverkäufer mit allen möglichen Instrumenten, Dazu der übliche Strassenlärm einer Grosstadt.

Immerhin sind wir erst in Pera. In der Unterstadt Galata kommt dazu das Miauen unzähliger Katzen, und in Stambul vereint sich das alles mit dem Lärm in den alten Basaren, der grösser als die Qualität und Preiswürdigkeit der angebotenen Waren ist. Grundsätzlich die Hälfte bieten und hartnäckig nicht mehr bezahlen - das ist der einzige Ausweg, um nicht ausgeraubt zu werden.

Konstantinopel ist wohl die ärmste Weltstadt Europas. Ein Abendbummel durch Pera zeigt gänzlich leere Lokale. In den Gassen vor Galata brütet das Elend hinter zerbrochenen Fenstern, und Stambul liegt tot wie ein Dorf ohne Anschluss. Wir sprachen Türken und Deutsche, spanische Juden und griechische Strassenhändler: sie sind sich eins in der Klage, dass die Türkei von der Krise am härtesten betroffen wurde. Ausländische Spezialarbeiter haben ja bisher ganz gut verdient, aber ein Regierungserlass verbietet nicht nur den weiteren Zuzug, sondern stellt den bereits seit Jahren Ansässigen die Bedingung, innerhalb eines Jahres die Türkei zu verlassen. Der einheimische Arbeiter verdient etwa 1 Mark täglich, ist aber nach dem Urteil der Ausländer auch nicht mehr wert. Er kann wohl auf seinem breiten Rücken ungeheure Lasten tragen; der Bau der anatolischen Bahn bewies aber, dass er teils zu unfähig, teils zu faul ist, systematische Arbeit zu leisten. Unterstützungen wegen Arbeitslosigkeit (die in Konstantinopel sehr gross ist) kennt man hier so wenig wie in den Balkanländern. Zwar wird seit einiger Zeit eine Art Krisensteuer erhoben, aber Angora, die neue Hauptstadt, ist weit, und Kemal Pascha ist ein mächtiger Diktator. Er braucht keine Rechenschaft darüber zu geben, was er mit den Steuern anfängt. Gerade so viel spricht man in Konstantinopel über Politik. Ein Wort mehr könnte gefährlich werden. Dass die Polizei die erste Macht im Staate ist, erhellt schon aus der Nebensache, dass sie von uns als Journalisten bei An- und Abmeldung gleich vier Fotos pro Mann forderte, um die weitgehendste Kontrolle über unser Tun und Treiben ausüben zu können. Allerdings muss auch der gewöhnliche Reisende schon zwei Fotos hinterlegen, wenn er in der Türkei ungeschoren bleiben will.

Die Wunder Konstantinopels sind seine unvergleichlich herrliche Lage am Bosphorus und die Moscheen von Stambul. Allah wohnt in Zwingburgen; so mächtig wölben sich die Kuppeln über dicke Mauern; und er wohnt inmitten eines Glanzes ohne gleichen. Kostbare Teppiche bedecken die Riesenhalle der Hagia Sophia, wundervolle Kacheln aus Fayence schmücken die Wände in der Kirche Sultan Achmet. Die grüne Fahne des Propheten schwingt mächtig über die Gläubigen, die barfuss und demütig unter ihr hocken und ihre Körper nach Mekka neigen. Melancholisch klingt die Fistelstimme eines betenden Greises in die Dämmerung der weiten Kuppel. Der Fremde erlebt erschauernd die Inbrunst eines Glaubens, dem die Mächtigkeit der Moscheen eindrucksvoller Hintergrund ist.

Wir atmen auf, als wir die Hagia Sophia verlassen und in das Licht eines

wundervollen Tages treten. Es vergoldet die Mauern des Serails, in dem die Sultane vieler Generationen Frauen, Gold und Edelsteine angehäuft haben. Der Park des Serails zieht sich hinunter nach den Wassern des Bosphorus. Ein Denkmal Kemal Paschas aber, des Diktators im Smoking, schliesst die Herrlichkeit gebieterisch und symbolisch ab.

Allah hat seine schirmende Hand von Istanbul gezogen. Unter dem verbliebenen Glanze der Sultane ist der Schmutz sichtbar geworden, der dieser Stadt heute den Stempel des Verfalls aufdrückt. Wir nehmen leichten Herzens Abschied.

Josef Rothammer.

---

x

### Merkwürdige Romanschicksale.

---

SPD. Die ursprüngliche Fassung von Goethes Roman "Wilhelm Meisters Lehrjahre", die in den Jahren 1780 bis 1785 entstanden, aber ungedruckt geblieben ist, galt lange als verloren. Man glaubte nicht, dass sie jemals ans Licht kommen würde, wie man auch nicht mehr daran glaubt, Heinrich Heines Memoiren wieder aufzufinden. Erst im Jahre 1910 entdeckte der Züricher Gymnasiallehrer Gustav Billeter eine Abschrift des kostbaren Dokuments. Diese Abschrift hatte 125 Jahre lang im Hause der Familie Schulthess-Rechberg in Zürich gelegen, ohne dass jemand ihren Wert auch nur geahnt hätte. Billeter hatte nicht einmal selbst nach der Handschrift gefahndet, sondern einer seiner Schüler, ein Sohn jener Familie, hatte sie ihm im Auftrage seiner Eltern gebracht, die gern wissen wollten, ob diese alten Dokumente irgendwelchen Wert hätten. Eine Freundin des jungen Goethe, Barbara (Böbe) Schulthess, die Gattin des Fabrikanten David Schulthess, hatte in Gemeinschaft mit ihrer ältesten Tochter das Manuskript des Romans, das ihr der Dichter gesandt hatte, abgeschrieben. Das Werk führte den Titel "Wilhelm Meisters theatrales Sendung" und weicht sehr stark von der späteren Fassung ab, die den Jahren 1795 und 1796 angehört. Seit 1911 liegt nun dieser "Ur-Meister" gedruckt vor.

Eine eigene Bewandnis hat es mit Schillers Roman "Der Geisterseher" (1787 bis 1789 entstanden). Im Hintergrunde der Geschichte steht der Schwindler Cagliostro und stehen dunkle Mächenschaften frömmelnder Kreise. Leider konnte sich der Dichter nicht entschliessen, das Werk zu vollenden. Er habe gefunden, sagte er zu einem Bekannten, dass das Publikum des Hokuspokus bald hätte überdrüssig werden, oder dass er (Schiller) ihn so hoch hätte treiben müssen, bis er ans Abgeschmackte gegrenzt hätte. So liegt denn nur ein Bruchstück von etwa 150 Seiten vor, aber dieses Bruchstück hat Grösse und Wucht und mitreissende Spannung, und Ludwig Tieck hat es mit Recht einen "bewunderswerten Torso" genannt.

Für alle Zeiten verloren ist ein Roman des märkischen Dichters Heinrich von Kleist. Dass die Handschrift vorhanden gewesen ist, bezeugt ein Brief des Verfassers an den Berliner Verleger Georg Andreas Reimer vom Juli 1811. "Ich zeige an", schreibt Kleist, "dass ich mit meinem Roman ziemlich weit vorgerückt bin, der wohl zwei Bände betragen dürfte." Wer Kleists wundervolle Erzählungen kennt, der wird den Verlust der Handschrift aufs tiefste beklagen. Ueber den Inhalt des Romans wissen wir nichts. Ebenso wenig wissen wir, ob Kleist das Manuskript etwa - wie früher sein Drama "Robert Guiskard" - verbrannt hat, oder ob es erst später verloren gegangen ist. Vor wenigen Jahren hat man die Vermutung geäussert, Ludwig Tieck, der den Nachlass Kleists herausgegeben hat, habe das Manuskript unterschlagen und dann unter seinem

eigenen Namen veröffentlicht. Die grosse Novelle "Vittoria Accorombona", die Tiecks Namen trage, stamme in Wirklichkeit von Kleist und sei eben der für verloren gehaltene Roman. Diese Vermutung ist aber entschieden irrig; denn einmal war Tieck einer solchen Handlung nicht fähig, und dann trägt die Novelle auch deutlich alle Merkmale seiner eigenen literarischen Anlage und seines eigenen Stils und lässt nirgends die Klaue des Löwen erkennen.

Ein eigentümliches Schicksal hatte Eduard Mörikes Künstlerroman "Maler Nolten", der im Jahre 1832 als Buch erschienen ist. Der Dichter war mit seiner Schöpfung gar nicht zufrieden und hatte vor, sie gänzlich umzuarbeiten. Ueber 25 Jahre bastelte er an dem Werke herum und trug Verbesserungen in das Handexemplar ein, das er ständig in der Tasche mit sich führte. Als er gestorben war, gab sein Freund Julius Kleiber den Roman neu heraus (1877). Er hatte aber nicht nur die Eintragungen Mörikes berücksichtigt, sondern auch eigene Zusätze und Einschiebungen gemacht, die das Werk verwässern. Der Mörikefreund greift deshalb zu der ersten Ausgabe des Buches.

Jammerschade ist es, dass Friedrich Hebbel den lange gehegten Plan nicht ausgeführt hat, einen historischen Roman "Die Dithmarschen" zu schreiben. Er, der Sohn des holsteinischen Landes, wäre der rechte Mann dazu gewesen. Eine Menge Pläne und Studien lagen ihm bereits vor, und er hatte das Manuskript schon, ehe es vorlag, an den Verleger Julius Campe in Hamburg verkauft.

Gottfried Kellers grosser Bildungsroman "Der grüne Heinrich" ist dem Publikum zumeist nur in der zweiten Fassung (1879/80) bekannt. Die erste Niederschrift, 1854/55 in drei Bänden erschienen, ist weit unausgeglichen und endet mit dem Tode des Helden, während Heinrich in der zweiten Fassung noch ein Leben voller Arbeit vor sich hat. Die erste Ausgabe des Romans ist sehr selten, da Keller die meisten Exemplare aufgekauft und verbrannt hat.

Wenn bürgerliche Zeitungen mutig werden, gibt es immer ein Malheur. Als die "Vossische Zeitung" 1872 Paul Heyses antikirchlichen Roman "Kinder der Welt" veröffentlichte, musste der Abdruck plötzlich eingestellt werden, weil sich aus den Kreisen der Bezieher ein Sturm der Entrüstung erhob. Sätze wie den folgenden wollten die Berliner Philister nicht hören: "Dabei gehen die Leiden der Welt ihren Gang, das Böse regiert, und die Ungleichheit der Güter und Gaben besteht, und der Allgütige, Allwissende, Allgerechte und Allmächtige rührt nicht den kleinen Finger, Wandel zu schaffen." Die Buchausgabe des Werkes hatte dann einen ganz schönen Erfolg. Der Roman, einer der besten Heyses, ist auch heute noch lesenswert.

Ein Werk, auf das man grosse Hoffnungen gesetzt hatte, das aber stark enttäuschte, war Robert Hamerlings "Aspasia", ein Roman aus dem alten Griechenland. Michael Etienne, der Herausgeber der "Neuen Freien Presse", wollte zur Zeit der Wiener Weltausstellung (1873) seinen Lesern etwas ganz Besonderes bieten und bestellte bei dem erfolgreichen Hamerling einen Roman. Als dieser Roman, übrigens verspätet, eintraf, erklärte ihn Etienne für "klassisch langweilig" und sandte ihn dem Dichter wieder zu. Das Urteil des enttäuschten Zeitungsmannes war nur zu berechtigt.

Ähnlich lag die Sache bei dem Roman "Zwei Menschen" des Vielschreibers Richard Voss. Der Verleger Engelhorn und sein Lektor fanden die Arbeit sehr schwach und nahmen sie nur aus Rücksicht auf den Autor an. Ganz anders urteilte freilich das grosse Publikum, das für sogenannten Edelkitsch immer etwas übrig hat: der Roman wurde verschlungen und brachte es mit der Zeit zu einer phantastischen Auflagenziffer.

Karl Quenzel.